

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pro Nummer 1 Pf.  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Insetate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Boden-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 10. Juli 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Die Dame vom Rhein.

I.

Der innere Beruf des Schriftstellers, sein Wahrheitsdrang, seine Vaterlandsliebe, das Streben, seinen Mitmenschen zu nützen, zur fortschreitenden Entwicklung des Menschengeschlechts beizutragen... das alles tritt gegenwärtig in den Hintergrund vor der Geldmacht und der Staatsgewalt. So klagte vor einem Menschenalter der ehrliche Heinrich Buttle in seinem Buche über „Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung“.

Seit jenen Tagen ist wenig Gründliches über das deutsche Zeitungs Wesen geschrieben worden. Denn wie soll man die Geschichte einer Einrichtung schreiben, deren Erscheinung für den Tag und das Vergessenwerden berechnet ist? Die kapitalistische Presse, die keinen höheren Zweck dient als denen des Geldverkehrs durch Verschleiß von öffentlicher Meinung, lebt von dem kurzen Gedächtnis ihrer Leser.

Nur hat sich Franz Dieudonné\*) die Mühe nicht verdrießen lassen, die Politik der renommiertesten aller deutschen Meinungsführer, der „Kölnischen Zeitung“, nahezu durch ein Jahrhundert hindurch zu verfolgen, und es hat sich gezeigt, daß seine Arbeit der Mühe reichlich wert gewesen ist. Die „Kölnische Zeitung“ hat den Reford des berühmten Konnerzienrats der Anekdoten, der siebzig Jahre alt geworden war, und dem man doch nichts nachweisen konnte, um dreißig Jahre geschlagen. Noch vor zwei Jahren mußte ein bürgerlicher Publizist, der ihre Käuflichkeit behauptet hatte, im Gerichtssaal den Rückzug antreten. Kein Strahl von außen kann jenes System der höchsten kapitalistischen Verkügelung und Verflüchtigung in seinen letzten Fasern durchleuchten. Trotzdem nennt man sie bis zum heutigen Tage die große Dame vom Rhein oder auch noch ein wenig anders. Aus der Liste ihrer Liebhaber hat Franz Dieudonné — in seiner Art einer der alten konservativen Kampfbüchler — einen anmutigen Auszug gegeben.

Als Erben der Reife begegnen wir keinem Geringeren als Napoleon Bonaparte. Die Rücksicht auf den Fortbestand des im Jahre 1802 neugegründeten Geschäftes verlangte es. Am 1. Vendémiaire des Jahres 10 der Republik (23. September 1802) sang die „Kölnische Zeitung“ in einem Stile, wie er heute höchstens noch in der „Kreuz-Zeitung“ am Geburtsstage der Kaiserin Wilhelmina folgendermaßen:

Heil, Heil ihm, dem edlen großen Manne; Heil Bonaparte, der Dich, o Göttin (des Friedens!) vom Himmel her zu uns herabgeschendet.

Und ein angeklügelter Besuch des französischen Generals wird am 24. Juli 1803 mit diesen Worten begrüßt:

Herr Bonaparte ist hier wie einst im Lager seiner Waffenhelden zu Hause und wird von seinem Altan herab hier dem vor ihm im frohesten Stolz auftretenden Soldaten den Sonnenlicht schenken können.

Wier Jahre später bei dem Zusammenbruch des preussischen Junkerstaates triumphiert sie:

Ganz Deutschland ist freundlich ergeben oder unterworfen. Sachen ward von dem drückenden Joche Preussens befreit. Sein vergrößertes und von Frankreich beschütztes Gebiet ist ebenso unverlebar wie das vom Rhein.

Sie sollen ihn nicht haben, den freien französischen Rhein. Das Vordrängen der heute chauvinistischen bürgerlichen Presse vor dem... forschigen Eroberer war damals, zur Zeit seiner Herrschaft freilich allgemein üblich. Schrieb doch auch die „Münchener Allgemeine Zeitung“ im Jahre 1811:

S. M. der König von Rom geruht ohne weiteres die Preuß seiner Amme anzunehmen.

Das sind dieselben Plätter, die später mit ihrer „deutschen Kreuz“ den Mund vollgenommen haben!

Napoleon ward geschlagen, die Rheinlande fielen an Preußen und schon am 5. April 1815 war die ehrliche Kölnerin in den Vollen Bereich ihres nationalen Bewußtseins gelangt. Nun waren es die Väter der nachgehorenen heiligen Alliance, deren unsterbliches Verdienst um deutsche Ehre, Freiheit und Selbstständigkeit von behenden Federern gerühmt wurde, nun war es Preußen, dessen deutscher Geist und deutscher Mut sich herrlich entfaltete, hatte, nun war Frankreich der „Erbfeind des deutschen Volkes“ und von „unbegrenztem Haße“ erfüllt:

Köln blieb preussisch und die „Kölnische Zeitung“ auch. Preußen war absolutistisch und die „Kölnische Zeitung“ auch. Dann kam das tolle Jahr, und die „Kölnische Zeitung“ wurde auch toll. Noch am 1. Januar 1848 verteidigte sie den unterthänigen Landtag gegen die Angriffe der „in widerhistorischem Radikalismus befangenen“ französischen Presse. Der Vereinigte Landtag, hieß es da, könne nicht so unverständlich sein, den dargebotenen historischen Rechtsboden (des Absolutismus. D. Red.) zu verschmähen und sich auf die abschüssige Ebene der Völkerverwärtung zu stellen, um als zweite Konstituante der ersten französischen nach in den Abgrund der Revolution zu stürzen.

Aber am 18. März siegte die Revolution und die „Kölnische Zeitung“ wurde revolutionär. Am 24. März 1848 schrie sie gegen sich selbst:

Der Tag von Jena hatte die alte Macht, die zur Ohnmacht geworden, nicht vergeblich in seinen Flammen verzehrt. Aber nach dem Vollsiege, siehe, da kamen die Weister der alten Lage nochmals herangeschlichen, wechselten nochmals die Banner aus, und deshalb mußte, als nun abermals der neue Geist der Wahrheit, den falschen Staatsbau Europas entfallend, seinen

strafenden Umgang hielt, das falsche Banner noch einmal unter den Barrikaden Berlins sein andres, sein völlig unzweideutiges Jena finden.

Hätte die Firma Dumont geahnt, daß auch das „andre Jena“ nicht ganz „unzweideutig“ sein sollte, so hätte sie den Mund nicht so voll genommen. Vorkäufig aber schielte sie weiter in den Ausfichten des liberalen Zukunftsstaates, der nach ihrer Spekulation unmittelbar bevorstand:

Nicht mehr mit Orden und Bändern bekränzte, mit leeren Titeln geschmückte Diplomaten werden uns — die Betrogenen — vertreten, sondern Männer mit treuer Brust unter dem schlichten Kleide, mit heller Stirn und vaterländischem Herzen... werden unsere Angelegenheiten ordnen und das Glück aller als ihr höchstes Ziel betrachten.

Ja, jetzt war die Zeit „widerhistorisch radikal“ geworden, und auch die Zeitung, die mit ihrer Zeit ging, wurde „widerhistorisch radikal“. Am 1. April 1848 schrieb sie:

Ja, wir sind radikal, weil eine große Zeit große Principien fordert; weil es lächerlich ist, am Morgen nach einer Revolution, nachdem die Geschichte in einem Sprunge ein halb Jahrhundert gehemmter Entwicklungen nachgeholt hat, nach dem abgerissenen Faden von gestern ängstlich die Hand auszustrecken, um an ihm den „gemäßigten Fortschritt“ weiter zu spinnen.

Noch am 18. November 1848 spekulierte die große Firma in Revolutionssätzen à la hausse. „Die Krone der Hohenzollern“, schrieb sie drohend, „rollt am Abgrunde!“

Aber am 5. Januar 1849 ahnte sie schon das Kommende: Seltsame Tage aber, jene Tage des März! Die schwebelten wir da in der reinsten Begeisterung für unsere Ideale!

Die Konterrevolution hat dann freilich der Schwelgerei ein Ende gemacht, aber dafür die „Kölnische Zeitung“ von einem unangenehmen Konkurrenten befreit. Am 18. Mai 1849 wurde die „Neue Rheinische Zeitung“ unterdrückt. „Wir mußten unsere Festsung übergeben“, schreibt Friedrich Engels, „aber wir zogen ab mit Waffen und Bagage, mit klingendem Spiel und der Fahne der letzten roten Nummer, worin wir die Kölner Arbeiter vor hoffnungslosen Fußsphen warnten.“ Und in dieser letzten Nummer schrieb Karl Marx den vorrückenden borusischen Schlägern entgegen:

Wir sind rücksichtslos und verlangen keine Rücksicht von Euch. Wenn die Reihe an uns kommt, werden wir den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, verstockt, zweizünftig, in beiden Beziehungen ehlos.

Doch wohin sind wir geraten? Wir „schwelgen in Idealen“. Wir nehmen Abschied von dem unpraktischen Idealisten Dr. Marx, der jetzt ins Hungeregil geht, und lehren zur bewährten Firma zurück. Sie hat ihre Abonnentenzahl verdoppelt, von 9000 auf 18 000, und schreibt am 1. Januar 1850 stillvergügt, aber nicht mehr dithyrambisch, sondern in biederem Geschäftsstil:

Wir können an der Schwelle des abermaligen Jahreswechsels immer noch getroffenen Mutes hinter uns blicken und dürfen — wenn auch auf etwas veränderter Bahn — abermals mit unterzagtem „Vorwärts“ zur weiteren Fahrt uns Glück wünschen.

Mit dieser beruhigenden Aussicht sei für diesmal der Leser entlassen. So schlecht er auch in der Geschichte beschlagen sein mag, soviel ist ihm vom weiteren Verlauf dieses Heldentromans jetzt schon klar geworden: Wenn das Abgabegeld der „Kölnischen Zeitung“ fernerhin von Preußen, Franzosen, Engländern oder Kamtschadalen erobert worden ist, die „Kölnische Zeitung“ wird preussisch, französisch, englisch oder kamtschadalisch sein. Und wenn an Stelle Wilhelms II. Peter Karageorgewitsch Kaiser von Deutschland wird, so wird sie erklären, daß die Dynastie der Karageorgewitsche nicht bloß wie bis jetzt für Serbien, sondern auch für Deutschland „vom Himmel herabgeschandt“ worden sei. Es kann ihr nichts geschehen; nicht einmal aus Scham kann sie ihr Geschäft aufgeben. Sie ist und bleibt, als was sie Herr Dr. Ludwig Salomon in „Spemanns goldenem Buch der Weltliteratur“ feiert, die „Wortführerin des nationalen Geistes“!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Juli.

Das Gegenstück zum Fall Häffener.

Es wird uns gemeldet:  
 Bromberg, 9. Juli. In der Fortführung der Landfriedens-Prozesse vor dem Schwurgericht wurden heute hier 15 Personen zu insgesamt 14 Jahren Zuchthaus und 17 Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach den Schilderungen, die seiner Zeit über die Vorkommnisse beim Bauarbeiterstreik in Bromberg gegeben wurden und in Anbetracht der Thatsache, daß — außer der durch die Polizei attackierten Volksmenge — niemand zu körperlichem Schaden gekommen ist, ist das heutige Urteil wieder eines von denen, die weit hin Entsetzen und Empörung erregen müssen.

Dies ist der Vorgang von Bromberg: Man verweigert Arbeitern beschiedene Forderungen, man holt lohnbrückende Vorkämpfer herbei, man geleitet diese Leute mit blankegezogenen Polizeisäbeln durch die Straßen; es kommt zur Menschenansammlung, zu scharfen Worten, die Polizei haut ein und Tugend unglücklicher Arbeiter werden wegen Landfriedensbruchs auf die Anklagebank gebracht, zu ungeheurer harten Strafen verurteilt, namenloses Unglück wird über zahlreiche arme Familien gebracht.

Häffener, der Häffener, der ein Menschenleben leichtfertig vernichtet — zwei Jahre ehrenvolle Haft auf der Festsung! Arbeiter, die vielleicht straffällig sind, aber kein Menschenleben ver-

nichtet, keine Körpererschädigung begangen haben, auf Jahre ins Gefängnis und ins Zuchthaus! So will es der heutige Staat der Socialreform, der Gerechtigkeit! So betreibt die heutige Justiz die vielgerühmte „Versöhnung der Klassen“! —

### Vergleiche.

Zum Prozeß Häffener wird uns von sachmännischer Seite geschrieben:

Häffnerich wurde für den von ihm begangenen Totschlag, wie bekannt, zu 2 Jahren 1 Woche Festungshaft verurteilt. Er hat also für seinen von rückwärts geführten, gegen einen Untergebenen gerichteten Dolchstoß die Strafe erhalten, die gewöhnlich die Duellmörder auf dem Papier bekommen.

Wie lautet nun der Militär-Strafgesetzbuch-Paragraph, dem der Häffnerich die ihm zu teil gewordene Milde verdankt? Es ist der Absatz 3 des § 123, der von schweren Körperverletzungen, die Vorgesetzte an Untergebenen verüben, handelt. Er lautet:

„Ist durch die Körperverletzung der Tod des Untergebenen verursacht worden, so tritt Zuchthaus nicht unter drei Jahren, in minder schweren Fällen Gefängnis oder Festungshaft nicht unter einem Jahre ein.“

Man sieht, daß der Fall Häffener sogar als ein besonders „milderer Fall“ vom Oberkriegsgericht angesehen wurde, denn dieses ging nur um ein Jahr über die gefundene Strafe, die überhaupt möglich ist, hinaus, trotzdem der Angeklagte für einen Häffnerich auch noch miserabel qualifiziert war. Somit sieht es gerade so aus, als ob die militärische Laufbahn des Häffnerichs Häffener noch keineswegs beendet sei und der Herr Häffnerich in ungefähr 2 Jahren als Lieutenant daherschlüpfen werde. Den Kenner der Verhältnisse könnte dies gar nicht überraschen, denn nach dem preussischen Militärstrafgesetz ist nun einmal der Vorgesetzte ein Halbgott, während der Untergebene in manchen Beziehungen noch schlechter daran ist als der Zuchthäusler. Der Zuchthäusler braucht sich von seinem Väterer doch nicht prügeln zu lassen, sondern darf sich wehren, der Soldat aber darf einem Offizier oder Unteroffizier, der ihn ohnehin will, nicht in den Arm fallen. Und der Zuchthäusler wird sich auch wahrscheinlich über eine ihm zubilligte Strafe beschwerten dürfen, ehe er sie abtut, der Soldat aber muß zuerst brummen, mag er auch noch so ungerecht bestraft worden sein, und dann erst steht ihm das „Recht“ zur Klage offen. Dem von erbitterten Soldaten zu hörenden Ausspruch „Lieber im Zuchthaus als beim Militär“ liegt somit zweifellos eine gewisse Berechtigung zu Grunde.

Das Urteil im Falle Häffener wird erst so recht zu einer Anklage gegen das preussische Militärstrafgesetz, wenn man damit andere Urteile, die bei Verletzungen von Soldaten gefällt wurden, vergleicht. Besonders drastisch wirkt hier die Strafe, die der Matrose Messerschmidt vor kurzem von dem nämlichen Oberkriegsgericht, das Häffener soeben abgeurteilt hat, erhielt. Messerschmidt hatte in der Trunkenheit einem Häffnerich Namens Abel einen Faustschlag auf die Schulter versetzt. Dafür wurde er in erster Instanz zu 18 Monaten, vom Oberkriegsgericht Kiel aber zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Ein Dolchstoß, den ein Vorgesetzter gegen einen Untergebenen führte und diesem das Leben kostete, wird also mit 2 Jahren 1 Woche Festungshaft geahndet, ein Faustschlag aber, den ein Untergebener einem Vorgesetzten auf die Schulter versetzt und der nicht den geringsten körperlichen Nachteil verursacht, wird mit 4 Jahren Gefängnis geahndet.

Weiter fanden im Februar dieses Jahres der Gefreite Daniel und der Dragoner Renne vom oldenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 19 vor dem Kriegsgericht der 10. Division. Sie hatten in der Silbesternacht über den Durst getrunken und insolge dessen in der Kaserne einen großen Lärm verursacht. Als Unteroffiziere ihnen Befehle, ruhig zu sein und sich zu Bett zu legen, erklärten sie, es könne sie niemand ins Bett schicken. Das Gericht sah in ihren Verfehlungen einen militärischen Aufbruch und verurteilte Daniel zu 5 Jahren 6 Monaten, Renne zu 5 Jahren 10 Monaten Gefängnis.

Vom Kriegsgericht der 3. bayerischen Division wurden im ersten Quartal dieses Jahres zwei Rekruten Namens Philipp und Langnecht wegen Fahnenflucht zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Warum aber hatten sie der Kaserne den Rücken gekehrt? Weil sie schmählich mißhandelt worden waren. Und trotzdem die hohe Strafe!

Ende Mai hatte sich vor dem Kriegsgericht der 8. Division der Artillerie Hinz ebenfalls wegen Desertion zu verantworten. Auch er war durch Mißhandlungen förmlich zur Fahnenflucht getrieben worden. Angenachtet dieses Umstandes erhielt er 7 Monate Gefängnis.

Die gleiche Strafe traf den Düsseldorfser Mann Emers, der sich den Mißhandlungen, mit denen ihn ein Sergeant traktierte, durch die Flucht entzog.

Weiter hatte sich am 6. April vor dem Breslauer Kriegsgericht der Musikleiter Koh zu verantworten. Er hatte dem Unteroffizier Meul, der ihn ins Gesicht schlug, zu Boden warf und mit dem Fuße stieß, bei der Abwehr der Mißhandlungen einen Schlag versetzt. Dafür wurde er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Endlich sei noch an die Landwehrleute erinnert, die sich anlässlich eines Bahntransportes weigerten, in einem Viehwagen Platz zu nehmen, und dann eine telegraphische Beschwerde an Kaiser Wilhelm den Ersten sandten. Sieben Jahre wurden sie deswegen ins Zuchthaus gesperrt!

Ein Strafgesetzbuch, das solche Urteile ermöglicht, gleicht einem Januskopf, der auf der einen Seite das Gesicht einer gütig und nachsichtig lächelnden Frau, auf der anderen ein furchtbares Medusen-

\*) Franz Dieudonné. Die „Kölnische Zeitung“ und ihre Wandlungen im Wandel der Zeiten. Hermann Walker, Verlagshandlung. Berlin 1903.

entlich zeigt. Das erste gilt den Vorgesetzten, das zweite aber den Soldaten. Es ist dies auch gar kein Wunder, denn das Militär-Strafgesetzbuch stammt aus den Tagen der heiligen Allianz, nämlich vom 3. April 1845. Im Jahre 1873 wurde dieser ursprünglich rein preussische Kodex für die ganze deutsche Armee übernommen. Er ist also auch eine „Erungenschaft“ der deutschen Einheit. Daß dieses Strafgesetzbuch heute noch in Kraft ist und die Militärverwaltung gar keine Miene macht, es abzuschaffen, beweist wieder einmal den Mangel an Verständnis, mit der die Regierung den Anforderungen der Zeit gegenüber steht. Glauben denn die uniformierten Exzellenzen, daß die Soldaten das Urteil gegen den fährlich Häftener nicht als eine Misachtung gegen sie empfinden und im geheimen darüber ihre bitteren Bemerkungen machen? Wir können uns lebhaft vorstellen, wie Mannschaften einander zuzischeln: „Unseren darf man ja um 2 Jahre Festung tofischen. An unseren liegt ja nichts.“ Und sehen die Herrschaften nicht ein, daß der Soldat von 1908 ganz anders denkt wie jener von 1845? Ja, sie merken es wohl, aber sie finden sich damit in einer geradezu löstlichen Weise ab, indem sie zum Steine erweichen jammern, der jegliche Ersatz sei nicht mehr so wie früher. Das einzig Vernünftige wäre, dieser Wenderung Rechnung zu tragen. Statt dessen aber wird gefordert, daß der Mensch von 1908 sich nach den Vorschriften von Anno Lobal richtet, also sich nach rückwärts „entwideln“ soll. So aber fordert das System noch Tausende von Opfern, ehe es unter der Wucht der modernen Zeit kläglich zusammenbrechen wird.

### Die Hinterbliebenen des Wahlkampfes.

Die feistigen Arbeiter, die in dem letzten Wahlkampf unermüdet die Sozialisten mordeten, sind durch den Ausgang sicher am tiefsten betäubt worden. Wer wird den Mag Lorenz, Korbmacher Fischer und Heinrich Fränkel jetzt noch für ihre Geschäft die nötigen Betriebsmittel hergeben, nachdem ihre Betriebsamkeit so lächerlich-jämmerlich zu Schanden geworden.

Allerdings diese trauernden Hinterbliebenen können sich so leicht nicht von dem nahrhaften Gewerbe lossagen. Sie wollen es nicht einsehen, daß sie gänzlich überflüssig geworden sind, daß niemand mehr an ihre Willen und Mißturen glaubt. So will Herr Mag Lorenz seine „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ weiter fortsetzen, allerdings verlangt er jetzt Bezahlung von den Abnehmern, da die Gründer wohl schwierig geworden sind. Und nun gar Herr Fränkel, Lorenz ist ein Stümper gegen Fränkel, der jetzt den Ehrgeiz hat, ein Vierpunkt-Organ der Sozialistenzeitung zu werden. Unter dem 28. Juni versendet er ein langes Cirkular an seine Gönner, in dem er für sein neues kolossales Unternehmen offene Hände wirbt.

Heinrich Fränkel ist nicht unmontst in der Schule Eugen Richters groß geworden. Er bleibt unmontst, und wenn ihn der Teufel bereits am Genid hat. In seinem wie in seines Meisters Sprachschay ist das Wort „Mißerfolg“ nicht zu finden. So beweist er denn in dem Cirkular seinen wohlhabenden Kunden, daß das Wahlergebnis in seinem tiefsten Grunde einen Sieg jener Fränkels über die „Socialen Thatsachen“ darstelle. Wenn die Sozialdemokratie „nur“ 3 Millionen Stimmen und „nur“ 81 Mandate erhalten habe, so sei das ausschließlich ein Verdienst der Bürger-Fränkelschen Proschüre.

Leider seien nur 2,6 Millionen von diesem Meisterwerk verbreitet worden. Es stehe fest.

„daß bei lückenloser Durchführung der Proschüren-Massenverbreitung in allen am Kampf gegen die Sozialdemokratie beteiligten Wahlkreise die nunmehr zur Thatsache gewordene Niederlage der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht eingetreten wäre.“

Und nun beweist Herr Fränkel, daß von der Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen um 46,2 Proz., die das Gesamtergebnis darstellt, nicht betroffen sei „die große Mehrzahl derjenigen Wahlkreise, in denen die Massenverbreitung der Bürgerischen Proschüre erfolgt ist.“ Wenn die Sozialdemokratie Bernburg-Göthen, Sorau-Joritz, Stotibus-Spremburg, Erlangen-Fürth, Hanau-Gelnhausen und Holzwinden-Sanderheim verloren habe, wenn verdant das die Welt? Niemand anders als Fränkel-Würger.

Zum Beweise macht dann Fränkel eine jener Rechnungen auf, wie sie auch seine Proschüre auszeichnet. Er operiert wohlweislich nicht mehr mit der absoluten Stimmenzunahme der Sozialdemokratie, wie bei der Betrachtung des Gesamtergebnisses, sondern mit den prozentualen Anteilen der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen. Und da infolge der härteren Wahlbeteiligung der bürgerlichen Kreise dieser prozentuale Anteil in einigen Wahlkreisen sich geringfügig zu Ungunsten der Sozialdemokratie verschoben hat, so rechnet er für 35 Wahlkreise „Wirkungen“ seiner Proschüre heraus. Zu diesen durch die Fränkelsche gebeferten Wahlkreise gehört z. B. — die Dummheit seiner Geldgeber wird nicht gering geschätzt! — Hamburg III, wo 1898 der Anteil der Sozialdemokratie 57,8, 1903 aber nur 57,4 betrug. Sieht man sich die Liste der 35 guten Wahlkreise aber an, so bleiben überhaupt nur 18 Wahlkreise übrig, in denen der Prozentanteil ein wenig gesunken ist, darunter Hamburg III und Fürth-Erlangen, das von 45,8 auf 45,7 herunterging. Welch gigantischer Erfolg. In den anderen 17 Wahlkreisen aber bestand die günstige Wirkung der Proschüre darin, daß unser Anteil s i e g. Selbst in Frankfurt a. O. (von 40,5 auf 45,5) und in Chemnitz (von 62,5 auf 67,1) will Fränkel mit seiner Proschüre Segen gestiftet haben.

In weiteren sieben Wahlkreisen sei allerdings der sozialistische Anteil — das muß der ehrliche Fränkel zugeben! — nicht unerheblich gestiegen, blieb aber Dank der Proschüre hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurück! Schließlich seien 18 Wahlkreise zu verzeichnen, „ohne daß aus dem Wahlergebnis eine erhebliche Wirkung der gebotenen Aufklärung erkennbar wäre.“ Hierzu gehören Berlin I, II, III und V, wo die freisinnige Volkspartei jedem Wähler den Bisch ins Haus sandte. Dennoch ist auch hier der indirekte Erfolg der Fränkelschen Aufklärung gewaltig. Wenn auch in diesen Kreisen das Wachstum der Sozialdemokratie „durch bestimmte Vorgänge begünstigt, denen gegenüber der Appell an die gesunde Vernunft wirkungslos bleiben mußte“ (z. B. der Fall Krupp!), so stände doch außer Zweifel, daß ohne die Massenverbreitung in den unglücklichsten Kreisen der dritten Gruppe „ohne jene Veranstaltung eine wahrschaste Sturmflut des Socialismus erfolgt wäre. Diese ist nunmehr dank unserm Vorgehen vermieden.“

Dieses Ergebnis faßt Fränkel in folgende klägliche „Statistik“ zusammen:

„Die Proschüre ist, von kleinen Partien abgesehen, den Wählern in 62 Wahlkreisen zugänglich gemacht worden, wovon, wie aus obigen statistischen Nachweisen ersichtlich, 6 ein v o r z ü g l i c h e s, 31 ein sehr gutes, 7 ein gutes Ergebnis aufweisen und 18 der großen Mehrzahl nach nicht die sonst in ganz Deutschland hervorgetretene ungeheure, sondern nur eine vergleichsweise m ä ß i g e Vermehrung der sozialistischen Stimmen gebracht haben, wobei noch besondere Umstände der Sozialdemokratie zu Hilfe gekommen sind.“

Herr Fränkel spornt dann den Eifer seiner Geldgeber durch die Enthüllung an, daß die sozialdemokratische Gegenfrist gegen seinen Bisch „vermöge der vorzüglichen Organisation und der großartigen Opferwilligkeit der Sozialdemokraten in mehr als 3 Millionen

Exemplaren, also in erheblich größerem Umfang als die Bürgerische Schrift verbreitet worden ist“. Herr Fränkel irrt sich um die Kleinigkeit von zwei Nullen. 30 000 Exemplare sind im ganzen von unserer Schrift verbreitet worden, genug, um 3 Millionen Stimmen zu gewinnen.

Nach solchen Beweisen kommt Herr Fränkel zur Hauptsache. Er bietet sich als Leiter eines wahrhaft großartigen Central-Sozialisten-Schlachthauses an:

### Der bezweckte Zweck erfordert die Errichtung einer Centralstelle für die Bekämpfung der Sozialdemokratie

mit dem Sitz in Berlin. Diese Centralstelle wird alles bereits vorhandene sowie alles künftig erscheinende Material über die Sozialdemokratie zu sammeln und mit Hilfe deselben allen, die sie bekämpfen, jede einschlägige Auskunft zu erteilen haben; die sozialdemokratische Parteiliteratur wimmelt von bisher nur ganz vereinzelt ausgemühten löstlichen Kraftstellen, Kindereien und Ungeheuerlichkeiten, die systematisch gesammelt, gruppiert und den Interessenten zur Verfügung gestellt werden müssen. Ferner werden die Vertrauensmänner der Centralstelle in den einzelnen Wahlkreisen genaue Stenogramme der Vorträge sozialdemokratischer Versammlungsredner nach Berlin einsenden, worauf den bürgerlichen Zeitungen der betreffenden Gegenden schlagende, streng sachliche Widerlegungen des wesentlichen Inhaltes der Vorträge zum kostenfreien Abdruck zugesendet werden. Die bemerkenswerten Artikel des „Vorwärts“ sowie der durch die sozialdemokratische Provinzpresse gehenden Parteikorrespondenzen sollen in derselben Weise kritisch zerpfückt werden. Die sozialistischen Agitatoren und Zeitungsschreiber versprechen, um die Nummern einzufangen, tagtäglich die herrlichsten Dinge, die mit den (nach Möglichkeit verschleierte) programmgemäßen Zielen und Bestrebungen der Sozialdemokratie im schärfsten Widerspruch stehen; die Centralstelle wird jeden derartigen Fall vor der breitesten Öffentlichkeit genau festzustellen und für die Aufklärung der unmittelbar beteiligten Kreise über die Unehrlichkeit der betr. Hejzer zu sorgen haben. Ebenso werden die Widersprüche zwischen sozialistischer Theorie und sozialistischer Praxis, die sich aus den Vorgängen und Zuständen in den Parteidruckereien, Krankenkassen, Konsumvereinen usw. mannsgefetzt massenhaft ergeben, in lückenloser Vollständigkeit zu sammeln und der Allgemeinheit zu unterbreiten sein. Die Thorheiten und Lächerlichkeiten der sozialdemokratischen Redner im Reichstag werden mit entsprechender Beleuchtung für die gesamte bürgerliche Provinzpresse zurechtgemacht werden; der Eintritt zahlreicher lokaler Partei-„Führer“ dritten und vierten Ranges, darunter mancher wahrhaft grotesken Dugend-Agitatoren in den Reichstag, läßt eine reiche Ernte wunderbarer Medebüten erwarten, und man darf hoffen, daß auch in diesem Falle le ridicule tue“ (das Lächerliche tödtet). Ebenso ist es notwendig, den vielfach gerabegten ungläublichen Leistungen sozialdemokratischer Mitglieder von Gemeindevertretungen in geeigneten Fällen die weitest Verbreitung zu geben — bisher blühen diese Beilichen meist im Verborgenen. Die Durchführung der angegebenen Aufgaben setzt die Herausgabe einer regelmäßig, mindestens dreimal wöchentlich erscheinenden

### Zeitungs-Korrespondenz

voraus, die an die in Betracht kommenden Blätter kostenfrei abzugeben wäre. Sodann müßte die sozialdemokratische Presse mit besonderer Sorgfalt unter Beobachtung genommen werden, um die schleimigste Verächtigung der darin behufs Herabwürdigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung massenhaft aufgestellten unwahren Angaben herbeizuführen. In manchen Fällen nimmt sich ja die Staatsanwaltschaft solcher Dinge an, aber auf diesem Wege wird den Sozialdemokraten entweder der Triumph der Freisprechung oder der Glorienschein des Märtyrertums verschafft, in beiden Fällen also die sozialistische Agitation wirksam gefördert, während der preßgesetzliche Zwang zum Abdruck von Verächtigungen in den Spalten der sozialdemokratischen Blätter selbst bei ständiger, umfassender Anwendung geeignet ist, allmählich etwas Licht in die durch den sozialistischen Phrosendunst verwirrten Köpfe zu bringen. Andre Aufgaben der Centralstelle werden sich von selbst ergeben.“

Herr Fränkel will also — vorausgesetzt daß er genügend edle Geldgeber findet — die sozialdemokratische Thätigkeit für die patriotische Presse — wie er offenerzig genug selbst erklärt — „zurecht machen“. Das ist eine bescheidene Wendung für den Kühneren Anspruch: eine Centralstelle der Fälschungen zu errichten.

Wir sehen dem neuen Unternehmen mit viel Vergnügen entgegen. Freilich glaubt der industriöse Herr nicht recht, daß sein Geschäft auch nach den Wahlen noch „opfertwillige“ Gel findet. Und melancholisch schließt er seinen Bittelbrief mit der erschütternden Frage:

„Haben die bürgerlichen Parteien noch so viel Energie und Opferwilligkeit, um die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung verteidigen zu können?“ ...

Die hundertleicht ist es doch, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten. Nichts weiter ist nötig, als daß man Herrn Fränkel für sein „Zurechtmachen“, ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, milde Scherlein zukommen läßt.

## Deutsches Reich.

### Schau der weiblichen Arbeitskraft.

Die amtlichen Erhebungen über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen in Preußen und über die Frage der Einführbarkeit des Zehnstundentages für Arbeiterinnen liegen jetzt gesammelt vor. Die „Socials Praxis“ ist in der Lage einiges daraus mitzuteilen. Von 307 794 Arbeiterinnen über 16 Jahre, die von der Enquete erfaßt worden sind, hatten 149 137 oder 48,5 Proz. noch eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden; die übrigen 247 577 hatten eine kürzere Arbeitszeit. Von den 29 amtlichen Referenten treten 16 mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß der gesetzliche Zehnstundentag zweckmäßig, notwendig und durchführbar sei; 7 sind bedingte Anhänger dieser Maßregel und nur 6 halten sie für unnötig, bedenklich oder undurchführbar. Ein Teil der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und zwar gerade diejenigen, in deren Bezirken die Verhältnisse am schlimmsten zu liegen scheinen, halten offenbar den Arbeitgeberbeschütz noch für notwendiger als den der Arbeiter bezüg. der Arbeiterinnen. Man kann nach dem vorliegenden Material wohl sagen, daß die Verichte, welche sich für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes aussprechen, meist aus Gegenden stammen, wo die Verhältnisse der Arbeiter besonders dringend eine Verbesserung erfordern. So werden, um den schlimmsten Fall herauszugreifen, im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. (also vor den Thoren Berlins) nicht weniger als 14 800 oder 63 Proz. der Arbeiterinnen länger als 10 Stunden beschäftigt. Der Herr Gewerbeinspektor aber zieht aus diesem skandalösen Zustande nicht die Konsequenz, daß hier gesetzlich eingegriffen werden müsse im Interesse der Arbeiterinnen, sondern meint: „Die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für die Frauen wird der gesamten Tuchindustrie des Bezirks die Konkurrenz mit dem Ausland sehr erschweren, sie in

große Unkosten stürzen, wenn sie sich die Konkurrenzfähigkeit erhalten will, und für die Arbeiterinnen einen erheblichen Ausfall an Lohn mit sich bringen.“ Der Herr Gewerbeinspektor hat in seinem Feueereifer für die Sache der bedrängten Fabrikanten etwas zu viel an Gründen aufgeföhren. Entweder stürzen sich die Fabrikanten wirklich in Unkosten, dann haben die Arbeiterinnen ja keinen Lohnausfall zu fürchten, oder aber sie treiben ihre den Arbeiterinnen ja schon bekannte und gewohnte Lohnbrüdererei auch nach Einführung des Zehnstundentages fort, dann werden gerade bei verkürzter Arbeitszeit und der dadurch bedingten Verringerung von Angebot an Arbeitskräften die Arbeiterinnen ihnen sicher besser als bisher entgegentreten können. Der Berliner Bericht spricht sich vernünftigerweise für den Zehnstundentag aus, obgleich gerade doch die Berliner, Charlottenburger, Schöneberger und Rigdorfer etc. Fabrikanten unter der Schmutzkonkurrenz ihrer Kollegen aus dem Frankfurter Bezirk besonders zu leiden haben. In Berlin und seinen Vororten werden erheblich höhere Löhne gezahlt als von der Konkurrenz in den entfernteren Gegenden der Provinz Brandenburg, nur 11 Prozent der Arbeiterinnen arbeiten länger als 10 Stunden und gerade hier konstatiert der Bericht: „Die Mehrzahl der befragten Unternehmer trägt keine Bedenken, einer solchen Aenderung zuzustimmen.“ Der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Breslau empfiehlt den gesetzlichen Zehnstundentag namentlich aus sozialen Gesichtspunkten: „Der in dieser Herabsetzung der Arbeitszeit liegende Fortschritt ist so bedeutend und für die Kultur, Gesundheit und Sittlichkeit der ganzen Arbeiterbevölkerung auf die Dauer von so heilsamem Einfluß, daß dessen Einführung entschieden befristet werden kann“. Und der Beamte für Köln sagt direkt: „Die Herabsetzung des Maximal-Arbeitstages für alle Arbeiterinnen über 16 Jahre auf 10 Stunden muß aus gesundheitlichen und sittlichen Rücksichten als eine Notwendigkeit bezeichnet werden.“

Wir werden auf diese Erhebungen weiter zurückkommen. Jedenfalls bestätigen sie vollumfänglich die Dringlichkeit und Durchführbarkeit der von uns seit langen Jahren erhobenen Forderung der Herabsetzung des eifftündigen Frauen-Arbeitstages. Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion trat insbesondere bei Beratung der Gewerbe-Novelle von 1890/91 eifrig für den Zehnstundentag ein; hoffen wir, daß sich die Socialreform des Reiches und der bürgerlichen Parteien nach so langen Verzögerungen endlich zur Erfüllung der dringlichen Forderung entschließen.

Ein sehr beklagenswertes Verfahren wird innerhalb des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe bei der Publikation der amtlichen Erhebungen zu Fragen des Arbeiter- und Arbeiterinnenstandes eingeschlagen. Seit einer ganzen Reihe von Tagen werden in Blättern und Zeitdriften Auszüge und Mitteilungen verbreitet aus dem amtlichen Werk über Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahre in Fabriken und diesen gleichgestellte Anlagen nach den Erhebungen der Königl. preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Bergbeförden im Jahre 1902“. Das Buch wird bezeichnet als „soeben in H. v. Deders Verlag, G. Schönd, Königl. Hofbuchhändler, Berlin SW., erschienen“. Verschiedene Interessenten für das Werk beschwerten sich bei uns seit mehreren Tagen, daß sie vergeblich verucht haben, in den Buchhandlungen daselbe zu erhalten. Auch unsere Redaktion hat das Werk durch Vermittelung unserer Partei-Buchhandlung längst beim Dederschen Verlag vorausbestellt, aber wiederholt und bis zum heutigen Abend fordern wir vergeblich die Auszubildung. Das ist ein ganz skandalöser Zustand. Es scheint, daß aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe Exemplare des Buches verholert worden sind und so Auszüge in verschiedene Blätter dringen, während der übrigen Publizität die Kenntnis des allgemein interessierenden Werkes und die Möglichkeit der Besprechung vorenthalten bleibt. Es ist dringend erforderlich, daß die Ursachen dieses Mißstandes festgestellt und beseitigt werden und daß die Wiederholung in künftigen Fällen ausgeschlossen wird.

### Zum Preßpanama.

Einige Blätter fühlen jetzt das Bedürfnis, zu der Aufforderung, der Gerichtshof im Pommerbant-Prozess möge Aufklärung darüber schaffen, wer denn die journalistischen Almosen-Empfänger der Pommerbant seien. So veröffentlicht die „National-Zeitung“ folgende Notiz:

Mit Rücksicht auf verschiedene neue Momente, die gelegentlich des Prozesses der Pommercher Hypothekendank zur Erwörterung gekommen sind, wird seitens eines Teiles der Berliner Publizität neuerdings gefordert, daß die Geheimliste der Herren Schulz und Koneid mit den wirklichen Namen der bestochenen Elemente zur Veröffentlichung gelange.

Bekanntlich ist diese Forderung bereits am 30. h. M. von Seiten der „National-Zeitung“ erhoben worden, und wir stehen nicht an, vor Schluß des Weisewiderfahrens diese Forderung heute zu wiederholen. Wir halten ihre Erfüllung durch den Gerichtshof für einen Akt der Loyalität gegenüber der Berliner Journalistik, die ein Recht darauf hat, eine Verächtigung abzuwehren, die, so lange sie sozusagen in Wusch und Vogen erfolgt ist, die verschiedensten unkontrollierbaren Gerichte zu ermöglichen und das Ansehen des Gesamtstandes zu schädigen geeignet ist.

Wir glauben, daß die „National-Zeitung“ selbst in der Lage ist, zu der gewünschten Aufklärung wesentlich beizutragen. Sie mag nur in ihrem eignen Hause Umchau halten. Vielleicht entdeckt sie den sagenhaften „Dr. Vestreich“, der schließlich nur ein bankmäßiger Epitheton, kein wirklicher Name ist.

Bei der Gelegenheit sei dem Gerichte Raum gegeben, daß demnächst an Stelle des verstorbenen Köbner Herr Victor Hahn Cefredaktor des nationalliberalen Blattes werden soll. Herr Hahn ist gegenwärtig eine Art Direktor der „National-Zeitung“.

„Vorarbeiten“ für die Handelsverträge werden offiziös angekündigt, so mit Italien und Rumänien.

**Wahlrechtsminister.** Die konservativen Blätter entwickeln sich immer mehr zu Specialorganen für — Wahlrechtsreform. Ihre Wahlrechtsreform ist natürlich nicht die Befestigung der ungerechten Wahlsteme in den Einzelstaaten, sondern die Befestigung des einzigen, immerhin ein wenig die politische Berechtigung erfüllenden Reichstags-Wahlrechts. „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ ergeben sich Tag um Tag in Anlagen gegen das Reichstags-Wahlrecht, das der „Reichsbote“ einen „demokratischen Fremdkörper“ nennt. Es lohnt nicht, diese stets wiederkehrenden Klagen zu verzeichnen. Nur ein Moment sei heute festgehalten. Der „Reichsbote“ erklärt die „Reform“ des Reichstags-Wahlrechts gerade deshalb für nötig, weil es an Stelle der monarchischen Verfassung, einer verhängnisvollen Parteiherrschaft Herkaler oder socialrevolutionärer gebendeter Massen Vorwusch leistet“. Und weiter sagt der „Reichsbote“: „Je dumpfer und gebundener die Massen sind, desto leichter unterliegen sie den Zwangswirkungen hierarchischer oder sozialistischer Agitatoren im Reichsthal oder in der Werkstat.“ Die konservativen beabsichtigen also, das Wahlrecht so zu „reformieren“, daß zugleich Sozialdemokratie und Centrum politisch entrechtet werden. Es ist nicht zu leugnen, daß die konservativen Herrschaften sich große Aufgaben stellen.

Zu der Madebuler Geheimkorrespondenz, von der jüngst berichtet wurde, wird jetzt noch von einer zweiten, eigens zur Unterwühlung des Reichstags-Wahlrechts bestimmten Korrespondenz berichtet. Der „Tägl. Rundschau“ wird geschrieben: „Bereits seit längerer Zeit giebt ein Herr Dr. A. Giesebrecht in Deggenborf bei Hamburg in zwangloser

Reihenfolge Korrespondenzen heraus, welche die verschiedensten politischen Fragen unter dem Gesichtspunkte einer anderweitigen Gestaltung des Reichstags-Wahlrechtes behandeln und wesentlich die Befestigung des geheimen Wahlrechtes zum Ziel haben. Diese Korrespondenzen gehen an Zeitungen und Privatpersonen, besonders auch an Industrielle, bei denen die Anregungen des Dr. Giesebrecht bisher am meisten Interesse gefunden haben.

Als konservativer Landtags-Kandidat für Spandau-Osthavelland ist der Rechtsanwalt Lüdke-Spandau aufgestellt worden. War die Kandidatur nicht dem schlichten Mann Pauli versprochen?

**Polizei und Ober-Verwaltungsgericht in Danzig.** Der Danziger Polizeipräsident Wessel führte seit langem erbitterte Kämpfe gegen das sozialdemokratische Parteibüro in der Brobbänfengasse zu Danzig, das einzige Lokal, welches in dieser bisher liberalen Hochburg des Sozialdemokraten und den Gewerkschaften zu Versammlungen zur Verfügung steht. Es wurde außerdem noch natürlich die Schuhr-Polizeistunde über das Lokal verhängt. Begründet wurden diese Maßnahmen mit den im Lokal vorgenommenen Ausschreitungen und Widerstand gegen die Staatsgewalt, von denen noch heute kein Mensch weiß, wo und wann sie geschehen sind! Außerdem sollte der bekannte § 10, Titel 17, Teil II des Allgemeinen Landrechts die rechtliche Unterlage für das Vorgehen der Polizei abgeben. Gegen diese Aushebung des Versammlungsrechtes wurde von unsren Genossen der Rechtsweg beschritten und am 12. Juni dieses Jahres entschied das Ober-Verwaltungsgericht, daß der Polizeipräsident keinerlei Recht für seine drakonischen Maßnahmen gehabt hat. Dieses für die Danziger Polizeiherrschaft wahrhaft vernichtende Urteil, so glaubten die Danziger Genossen, würde ihnen nach langer Zeit wenigstens wieder etwas Selbstbestimmtheit im Staate der famosen „größten Rechtsgarantien“ sichern. Aber weit gefehlt! Auf eine Versammlungsanzeige zum 8. Juli er erhielt der Bevollmächtigte der Danziger Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Vereins den überraschenden Bescheid, daß die Benutzung des Lokals bis auf weiteres verboten ist und die Versammlung nicht stattfinden darf! Bei dieser Sachlage haben die Danziger Genossen gegen den Polizeipräsidenten Wessel bei der Staatsanwaltschaft wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt Strafantrag auf Grund des § 339 des Straf-Gesetzbuches gestellt und zugleich vorbeugende Maßnahmen zum Schutze der Autorität des Ober-Verwaltungsgerichts und des Versammlungsrechtes gegen künftige Polizeiherrschaften gefordert.

Der Parteibewegung in Danzig hat das polizeiliche Vorgehen bisher schon erhebliche Anregungen gegeben. Auch die neueste That wird uns dienen.

**Majestätsbeleidigungs-Prozess.** Unser Parteigenosse Dr. Lentz, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, wurde am Donnerstag vom Landgerichte in Leipzig wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch einen Artikel über den Einzug des Königs von Sachsen am 25. März in Dresden, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

### Ausland.

#### England.

**Die Abreise des Präsidenten.** Präsident Loubet ist Donnerstagmorgen wieder abgereist. Der König war am Bahnhof. „Daily Telegraph“ sagt: Das Ergebnis des Besuchs König Eduards in Paris und desjenigen des Präsidenten Loubet in London ist, daß eine Atmosphäre der Ausgleichung und des gegenseitigen Entgegenkommens geschaffen ist. In vollem Ernst, ohne Keiserbe oder Uebertreibung behaupten wir, daß zur Zeit keine Schwierigkeit zwischen uns und Frankreich denkbar ist, die nicht auf die ehrenvollste und befriedigendste Weise geregelt werden könnte.

#### Niederlande.

**Die Zuckersteuer.** Die zweite Kammer gab in ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien der Brüsseler Zuckerkonvention ihre Zustimmung. Eine längere Debatte rief ein Amendement unfres Parteigenossen Schaper hervor, wonach die Bestimmungen über die Höhe der Verbrauchssteuer auf Zucker vor dem 1. September 1903 einer Revision unterzogen werden sollten. Das Amendement wurde mit der Abänderung, daß statt 1005 1906 gesetzt wurde, mit 42 gegen 23 Stimmen angenommen. Dieser Kammerbeschluß wird jedenfalls dahin wirken, daß die Frage der Herabsetzung oder Aufhebung der Zuckersteuer in absehbarer Zeit wieder erörtert werden muß und der künstlichen Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels ein Ziel gesetzt werden kann.

#### Serbien.

**Belgrad, 9. Juli.** „Beogradska Robina“ melden, der schwerverwundete Minister des Innern des Kabinetts Jinar Karlowitsch, Welimir Teodorowitsch, beabsichtigt, gegen seine Angreifer in der Nacht vom 11. Juni die Anklage wegen versuchten Mordes zu erheben.

#### Türkei.

**Konstantinopel, 9. Juli.** Hier war das Gerücht verbreitet, daß die Pforte Bulgarien den Krieg erklärt hätte. Die amtlichen türkischen Kreise dementieren auf das entschiedenste das Gerücht, welches an der Börse zu Spekulationszwecken verbreitet worden sei.

#### Griechenland.

**Athen, 9. Juli.** Der König hat Kalli beauftragt, ein neues Kabinett zu bilden. Kalli hat eine Frist von zwei Tagen verlangt, um ein Kabinett im delphianischen Sinne zu stande zu bringen.

#### Asien.

**Japanisch-russische Konflikte.** Die „Times“ meldet aus Tokio vom Mittwoch: Die Russen legten das Kabel von An-kung nach Jang-anpoo durch den Japhilfluß, ohne Korea zu befragen. Japan erhob hiergegen Einspruch, da Korea an ein Uebereinkommen gebunden sei, keiner fremden Macht eine Bevorzugung hinsichtlich einer Telegraphenlinie einzuräumen, die japanische Interessen berühre. Japan dringt auf die Decknung des Hafens Wi-su. Korea macht geltend, daß Rußland dem entgegen sei. Japan erwiderte, ein solcher Einwand Rußlands sei vollkommen hinfällig, da die entscheidende Macht allein Korea sei.

## Streifzüge durch das Wahlfeld.

3 008 377 sozialdemokratische Stimmen!

Am Donnerstagnachmittag veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ endlich das vollständige amtliche Resultat der Wahlen; allerdings so unübersichtlich wie möglich und ohne jede Verarbeitung.

Wir haben aus Grund dieser Veröffentlichung die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen zusammengerechnet und haben die obige Ziffer ermittelt.

Im einzelnen verteilen sich die sozialdemokratischen Stimmen wie folgt, wobei in Klammern die Ziffern von 1898 hinzugefügt sind:

#### Preußen.

Provinz Ostpreußen 55 276 (45 644), Westpreußen 20 207 (11 190), Berlin 218 238 (155 411), Brandenburg 243 642 (161 507), Pommern 55 353 (38 948), Posen 7982 (4586), Schlesien 174 629 (124 117), Sachsen 194 461 (147 610), Schleswig-Holstein 100 810 (81 940), Hannover 129 812 (98 286), Westfalen 139 612 (76 779), Oestrich-Nassau 93 546 (73 984), Rheinprovinz 205 035 (111 056).  
Preußen Sa. 1 647 603 (1 141 958).

#### Bayern.

Oberbayern 61 945, Niederbayern 4908, Pfalz 37 580, Oberpfalz 5435, Oberfranken 29 256, Mittelfranken 47 974, Unterfranken 15 111, Schwaben 10 168.

Bayern 212 506 (128 215),  
Sachsen 441 764 (299 100),  
Württemberg 90 743 (62 452),  
Baden 72 300 (50 325),  
Hessen 68 834 (48 942).

Mecklenburg-Schwerin 49 778 (42 008), Sachsen-Weimar 26 247 (18 457), Mecklenburg-Strelitz 6306 (4872), Oldenburg 17 971 (11 012), Braunschweig 36 889 (26 272), Sachsen-Meiningen 16 681 (12 193), Sachsen-Altenburg 18 695 (14 143), Sachsen-Koburg-Gotha 10 290 (8 842), Anhalt 27 672 (23 548), Schwarzburg-Sondershausen 5237 (4700), Schwarzburg-Rudolstadt 8742 (6838), Waldeck 18 261 (12 044), Schaumburg-Lippe 2310 (1237), Lippe 3719 (1973).

Habek 11 155 (9729), Bremen 25 076 (18 636), Hamburg 100 112 (82 129).

Elb-Lothringen 88 297 (51 990).

Das Deutsche Reich 3 008 377 (2 107 078).

**„Wiederum unterlegen!“** Das war das Facit des Stichwahlkampfes im Kreise Kassel-Melungen. „Diesmal aber zum letztenmal!“ sagte jeder hinzu, der in unserm Lager an diesem gewaltigen Ringe teilgenommen. In der Hauptwahl standen sich drei in Betracht kommende Kandidaten gegenüber, welchen sich noch eine ultramontane und eine nationalsoziale Jährländatur zugesellten. Das „honette“ Bürgerium der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen hatte sich, so wird uns aus Kassel geschrieben, auf den alten, eine politische Null darstellenden liberalen Landtags-Abgeordneten Gutsbehrer Weinbauer-Kollmarshausen geeinigt. Der Bund der Landwirte hatte den antisemitischen Neuling Amtsdirektor Lattmann-Schmalhalden auf den Schild erhoben, dem auch die Stimmen des Mittelstandes und zahlreicher Unterbeamten zuzelfen, und die Sozialdemokratie trat für den Schriftsteller Thiel-Kassel ein, welcher auch schon im 9er Wahlkampfe kandidiert hatte. Letzterer hatte noch von seiner früheren Redaktionshätigkeit am Kasseler „Volksblatt“ her eine siebenmonatliche Gefängnisstrafe wegen Paragrafenbeleidigung zu verbüßen, welche erst am 17. Mai zu Ende war, und konnte daher erst vier Wochen vor dem Hauptwahl-Termin persönlich in den Wahlkampf eingreifen. Der Antisemit dagegen hatte während dieser ganzen Zeit die ländlichen Orte bereist und konnte von sich sagen: „Ich habe jedem ländlichen Wähler die Hand gedrückt!“ Weinbauer hatte seiner Zeit im preussischen Abgeordnetenhause für Erhöhung der Volksschullehrer-Gehälter gestimmt, diese Erhöhung aber in seinem eignen Bohnorte Kollmarshausen mit Erfolg lange Zeit zu hintertreiben verstanden und als Thiel diese „politische Moral mit doppeltem Boden“ in einer großen reichstreuem Wählerversammlung in Spangenberg schounglos aufdeckte und entsprechend geißelte, war Weinbauer politisch tot und fiel mit wenig Stimmen gegen den Antisemiten bei der Hauptwahl ab, so daß dieser letztere mit Thiel in die Stichwahl kam. Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielt unser Kandidat 14 548 Stimmen von überaupt abgegebenen 30 910 gültigen, so daß ihm an der absoluten Majorität noch 912 Stimmen fehlten. In der 9er Hauptwahl waren 10 357 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden — es war also ein Zuwachs von 4191 Stimmen zu verzeichnen. Zur Stichwahl nun waren alle bürgerlichen Parteien, die sich vorher auf die ruppigste Weise gegenseitig bekämpften und beschimpften, dank der hinter den Coulissen entfaltetem enigen Tätigkeit des Nationalen Reichs-Wahlverbandes ein Herz und eine Seele. Der Antisemit, vorher als von niemand gerufener Eindringling angeprochen, war der „Retter des Vaterlandes“ geworden! Mit welchen Mitteln gearbeitet wurde, davon kann sich der Fernstehende beim besten Willen kein richtiges Bild machen — selbst die spöttigste Phantasie wird noch immer hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Selbst unsere Genossen suchte man zu verwirren, indem man erklärte, der Parteivorstand wolle von der Kandidatur Thiels überhaupt gar nichts wissen, weil andernfalls sicher Vebel oder Singer als Redner hergekommen wären! Im letzten antisemitischen Flugblatt wurde Thiel denn auch persönlich wegen seiner Strafen auf das rüpelhafteste angegriffen. Was aber auf dem Lande geschah, das hört sich an wie ein Kapitel aus irgend welchem Räuberroman. Bürgermeister, Pfarzer, Lehrer und sonstige „Respektspersonen“ dienten als stumpfste Wahlmacher für den Antisemiten. Ja, sogar die Rabbiner empfahlen ihren jüdischen Glaubensgenossen die Wahl des Antisemiten als „das kleinere Uebel!“ Auf dem Lande ist dieser sehr zweischneidige „gute Rat“ denn auch durchgängig befolgt worden, während der jüdische Mittelstand in Kassel und Melungen für Thiel gestimmt hat.

Ueber alle Wahlen erdrumlisch hat sich der hiesige „Freisinn“ Richterlicher Couleure benommen, zusammen mit den Ultramontanen. Laut Beschluß des sozialdemokratischen Provinzial-Wahlkomitees traten unsere Genossen in Waldeck-Hyrmont, die dort das Jünglein der Wege bildeten, geschlossen für den freisinnigen Kandidaten ein, dem sie auch richtig zum Siege über den agrarischen Brotwucherer und Ueberzöhlner verhelfen, aber trotzdem litt es der Kasseler „Fortschritt“, daß durch anonyme Inserate der „Freisinn“ vor den antisemitischen Karren gespannt wurde. Auch die Ultramontanen wählten lieber den Antisemiten, der sich ausdrücklich gegen die Aufhebung des Jesuitengebietes erklärt hatte, als daß sie sich der Wahl wenigstens enthalten hätten. Desgleichen sind die Mitglieder der heftigsten Rechtspartei in den Ortshausen des Melunger Kreises (mit Ausnahme der Kreisstadt höchstens) beinahe Mann für Mann für den Antisemiten eingetreten. So kam es denn, daß am Stichwahltag der antisemitische Agent vom Bunde der Landwirte, Amtsdirektor Lattmann, es von 7778 auf 16 703 Stimmen brachte, während unser Genosse Thiel mit 15 813 Stimmen in der Minorität blieb. In diesen gibt auch noch die außerordentlich hohe Ziffer der in der Stichwahl für ungültig erklärten Stimmen: 257. Ein kleiner Fettschmal und vergleichene genüge. Durchgängig waren es Stimmen für Thiel. So haben uns denn von den für gültig erklärten 32 518 Stimmen nur noch 446 an der absoluten Majorität gefehlt! In Anbetracht der skandalösen Wahlbeeinflussungen wird unsre Seite ein Wahlpotekt in die Wege geleitet.

Ueber die Wahlen in Sachsen seit 1893 macht das offizielle „Dresdener Journal“ statistische Angaben, aus denen die „Leipziger Volkszeitung“ folgendes entnimmt: Danach betrug die Zahl der Wahlberechtigten im Jahre 1893 744 204, 1898 822 050 und 1903 909 798. Die Zahl der Wahlberechtigten hat also von einer Wahl zur andern um rund 80 000 zugenommen. In den drei Jahren wurden insgesamt 592 435, 604 848 und 750 798 Stimmen abgegeben. Obgleich also die Wählerzahl um rund 80 000 zugenommen hat, sind 1898 doch nur 12 000 Stimmen mehr abgegeben worden als 1893. Prozentual ist die Zahl der abgegebenen Stimmen von 7,6 im Jahre 1893 auf 73,5 im Jahre 1898 zurückgegangen. 1903 machten dagegen rund 150 000 Wähler mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch als 1898; der Prozentsatz stieg von 73,5 auf 82,5. In diesen Zahlen drückt sich das außerordentliche Interesse bei den diesjährigen Wahlen aus. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigten sich bei den drei Wahlen 270 654, 299 190 und 441 764 Stimmen; die Stärke der sozialdemokratischen Wählererschaft ist aber nicht nur absolut, sondern auch relativ gewachsen, denn 1893 vereinigten die Sozialdemokratie 45,7, 1898 49,5 und 1903 58,9 Proz. der abgegebenen Stimmen aus ihre Kandidaten. Der procentuale Anteil der Kartellparteien ist jedoch überall, also trotz der gegen früher bedeutend stärkeren Wahlbeteiligung, zurückgegangen. Die Konservativen zählten 1893 21,4, 1898 15,1 und 1903 11,4 Proz. der abgegebenen Stimmen für ihre Kandidaten. Bei den Nationalliberalen sind die entsprechenden Ziffern 7,5, 14,7 und 14,7. Gegen 1898 hätten sie also keinen Rückgang zu verzeichnen. Den Nationalliberalen sind aber die 1898 für den Bezirksbesitzer Uhlmann abgegebenen 13 000 Stimmen zuzugählen, die in der Tabelle als gemäßigt-liberal aufgeführt werden. Die nationalliberale Stimmenzahl war also 1898 größer, als sie in der Tabelle angegeben ist (89 000 + 13 000 = 102 000), insofern war auch der Prozentsatz 1898 höher als 14,7. Es ist also auch der procentuale Anteil der Nationalliberalen 1903 an der Gesamtstimmenzahl zurückgegangen.“ Bei den Antisemiten betragen die entsprechenden Prozentsiffern 16,5, 12,1 und 9,8. Die Frei-

sinnigen erzielten zwar 1903 eine größere Stimmenzahl als 1898, aber das Prozentverhältnis hat sich doch zu ihren Ungunsten verschoben. Für die Freisinnigen wurden nämlich abgegeben 1898 30 203 Stimmen oder 5,1 Proz., 1898 15 413 oder 2,5 Proz. und 1903 31 889 oder 4,3 Proz.

## Partei-Nachrichten.

**Polizeipräsident a. D. v. Hergenbahn**, einer der stumpfsten Wällinge gegen die Sozialdemokratie, ist in Frankfurt a. M. gestorben. Die Frankfurter „Volksstimme“ widmet ihm folgenden Nachruf: Hergenbahn hat sich durch sein brutales Auftreten während des Sozialistengebietes einen berühmten Namen gemacht. Wie viele Polizeimänner der damaligen Zeit, so sah auch er seine Hauptaufgabe darin, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und jeden verdächtigen Sozialdemokraten zu verfolgen. Freilich hatte er dabei wenig Glück. Gerade infolge der Hergenbahnschen Polizeiherrschaft schlossen sich die Frankfurter Arbeiter um so fester zusammen und schlugen dem Polizeipräsidenten und seinen Organen manches Schnippchen. Nur einmal war seine Schnüffelrei von Erfolg gekrönt: durch den Prozeß wegen Vergehen gegen das Sozialistengebiet gegen Prinz-Fürstbischof, Heinrich Schmidt, Jos. Huber (jetzt in Ludwigshafen) und mehrere andre Genossen. Nach wochenlanger Haft wurden sie zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen wegen Geheimbündelei und Verbreitung des „Frischer Sozialdemokrat“ verurteilt. Die Folge war dann die berühmte Ausweisung dieser und einer Reihe anderer Genossen aus Frankfurt a. M. am Weihnachtsabend des Jahres 1886. Diese brutale Verfügung am Abend des „Festens der Liebe“ rief damals in ganz Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervor. Jene That hat ihm die Arbeiterschaft niemals verziehen. Als später einmal Hergenbahn zum Landtag kandidierte, wurde ihm in jeder Versammlung die Brutalität unter dem Sozialistengebiet von den Arbeitern vorgeworfen. Auch sein Schwiegersohn, Herr Justizrat Dr. Döwst, bekam bei seinem Kandidieren für die Reichs- wie für die Landtagswahlen früher oft die Härten seines Schwiegersohnes zu hören. In seine Polizeikerker fällt auch der Prozeß Viedle wegen der angeblichen Ermordung des Polizeirats Rumpff. Auch in jenem Prozeß hat Hergenbahn eine keineswegs beneidenswerte Rolle gespielt. Als es mit dem Sozialistengebiet auf die Reize ging, war auch der Stern Hergenbahns verblüht. Er mußte vom Schauplatze seiner unerhülligen Tätigkeit abtreten und war seitdem ein vergessener Mann. Nun hat auch er dem Tod seinen Tribut zollen müssen. Die Sozialdemokratie aber sieht heute in Frankfurt mächtiger denn je da.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Formularmäßiger Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung während der Wahlbewegung.** In Falkenhagen im Wahlkreise Potsdam-Ost-Havelland sollte am 15. Februar 1903 eine Volksversammlung unter freiem Himmel auf einem an der Peripherie des Orts gelegenen Gartengrundstück stattfinden, wo der sozialdemokratische Kandidat Dr. Karl Liebknecht über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprechen wollte. Der Amtsvorsteher verbot aber die für Versammlungen unter freiem Himmel erforderliche Genehmigung, weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erischeine. Beschwerden des Einberufers Königer beim Landrat und Regierungspräsidenten hatten keinen Erfolg. Der Herr Regierungspräsident zu Potsdam meinte u. a., die Befürchtungen der Polizei, durch die Abhaltung der von sozialdemokratischer Seite einberufenen öffentlichen Volksversammlung unter freiem Himmel könnte die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden, sei begründet. Das ergebe sich aus den „angestellten Ermittlungen“ nach „Lage der örtlichen Verhältnisse“. Es wäre ein harter Junge von Spandau zu erwarten gewesen, dem in dem dortigen sozialdemokratischen Organ „Latente“ sei die Versammlung belammet gemacht worden. Dazu hätten sich dann sicherlich aus der Umgegend von Falkenhagen die Landwirte und andre Personen eingefunden. Eine große Anzahl von Personen verschiedener Parteirichtungen wären zusammengelommen und es hätte so sehr leicht zu Meibereien und Störungen der öffentlichen Ordnung kommen können, zumal die Bevölkerung in der Gegend wenig Reizung für die Sozialdemokratie hege. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit rechtfertige sich das Verbot. — Der Einberufer Königer erhob Klage beim Ober-Verwaltungsgericht, welche Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht begründete. Solche Zusammenkünfte, wie hier befürchtet würden, seien nie vorgekommen, obwohl in rein ländlichen Bezirken des Kreises, nicht sehr weit von Falkenhagen, während der Wahlbewegung verschiedentlich Versammlungen unter freiem Himmel stattgefunden hätten. In Falkenhagen selber habe der Bund der Landwirte beim Gastwirt Thiel eine überwiegend von Sozialdemokraten besuchte Versammlung abgehalten, ohne daß die Sozialdemokraten, die überhaupt an ein geordnetes Versammlungsleben gewöhnt seien, irgendwie gestört hätten und ohne daß es zu irgendwelchen Meibereien gekommen sei. Demgegenüber sei nichts, rein gar nichts erbracht worden seitens der Behörden, was das Verbot rechtfertigen könnte. Wenn die Verwaltungsbehörden in ein Grundrecht des Volkes, wie es das Versammlungsrecht sei, eingreifen, dann müßten sie doch ihre Behauptungen und Gründe specialisieren. Er habe in vielen Fällen, wo Versammlungen unter freiem Himmel verboten wurden, Beschwerde eingelegt und die darauf ergangenen ablehnenden Verfügungen hätten fast formularmäßig gleich gelautet, und zwar wie die vorliegende. Und was solle man mit den Worten „nach den angestellten Ermittlungen“ und „nach Lage der örtlichen Verhältnisse“ anfangen? Das seien allgemeine Redensarten. Nicht mit einer Silbe sei angegeben, welche Ermittlungen stattgefunden hätten und durch wen sie vorgenommen worden seien. Das fragliche Grundstück selber liege an der äußersten Peripherie des Ortes und nach drei Seiten sei von ihm aus weit und breit keine menschliche Wohnung zu sehen. Euzergisch wandte sich Liebknecht noch gegen die in einem Schriftsatz des Regierungspräsidenten enthaltene Unterscheidung, daß er mit Spandauer Sozialdemokraten in Falkenhagen trotz des Verbotes eingegangen sei und die Versammlung doch habe abhalten wollen. Thatsächlich sei er ganz allein nach Geseßfeld gefahren und nach dem Versammlungsort gegangen, um die Erklärungen zum Nachhausegehen aufzufordern. Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage ab: Die Erwägungen des Regierungspräsidenten (und der Polizei) seien für bestimmt genau zu erachten.

## Aus Industrie und Handel.

Ein kontinentales Zuder-Kartell scheint thatsächlich zu stande zu kommen. Aus Brüssel, den 8. Juli, wird nämlich der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Bestern abend fand hier eine wichtige Konferenz deutscher, belgischer, französischer, russischer und holländischer Zuderproduzenten statt. Man einigte sich über ein Programm, welches von den nationalen Syndikaten voraussichtlich angenommen werden wird. Das österreichische Syndikat hat telegraphisch seinen Beitritt erklärt; in zwei Monaten bei der endgültigen Statuierung des kontinentalen Syndikats werde es anwesend sein. Man beschloß zur Verhinderung der Ueberproduktion Ausführereinsparungen für alle Länder. Eine Konferenz, auf welcher Vertreter der Organisationen der Raffineure und Fabrikanten der beteiligten Länder vertreten sind, wird die Ausführquoten jedes Landes festsetzen. Die Grundlage hierfür wird die durchschnittliche Produktion der drei letzten Jahre, vermindert um die Einfuhrziffer, bilden, aber mit Abrechnung des inländischen Konsums. Bei Vermehrung des Zuderverbrauchs auf dem Weltabstammart wird die Exportziffer der beteiligten Länder in gleichem Verhältnis erhöht. Wenn die nationalen Syndikate dieses Abkommen ratifizieren, so soll es wie die internationale Zuderkonvention bis zum 1. September 1908 Geltung haben. Eine Kontrollkommission wird eingesetzt. Man rechnet 90 Mio raffinierten gleich 100 Mio rohen Zuder.

Erneute Syndikatbestrebungen in der Zementindustrie. Von berufener Seite erzählt die „N. N. Zg.“, daß bei den west-

fälschen Cementwerken eine energische Agitation zur Gründung einer festen Verkaufsvereinigung im Gange sei. Die überwiegende Mehrheit der in Betracht kommenden Werke hat bereits unter der Hand die Zustimmung gegeben. Gegen Mitte dieses Monats soll eine Versammlung einberufen werden, in der positive Vorschläge gemacht werden sollen. Die Vorarbeiten werden fleißig betrieben. Die Wikingwerke, die bisher auf einem ablehnenden Standpunkt standen, sollen den erneuten Bestrebungen geneigter gegenüber stehen. Eine Cementfabrik in Kupferdeh verhält sich gegen die neuen Bestrebungen noch immer ablehnend. Wenn die Verkaufsvereinigung in fester Form perfekt wird, hoffen die Beteiligten, eine Erhöhung von 20—30 M. pro D. durchzusetzen, die Preise würden sich dann auf etwa 180 bis 200 M. pro D. stellen. Gleichzeitig verläutet von neuen Syndikatsbestrebungen in der süd-deutschen und auch in der rheinischen Gruppe der Cementwerke. Mit diesen Gruppen würde im Falle des Zustandekommens der festen Vereinigung die westfälische Cementindustrie sich über die Verkaufspreise sowie über die Abfahrtsrechte verständigen wollen.

Sam Zusammenbruch des amerikanischen Baumwollkriegen erhielt die „Voss. Ztg.“ gestern einen New Yorker Kabelbericht, wonach die Verluste, welche die Brownsche Gruppe vorgestern erlitten hat, auf 3 Millionen Dollar zu schätzen seien.

Der Dampfer „Louisiana“, von Bremen kommend, brachte für Spekulationsrechnung 3000 Ballen Baumwolle nach New Orleans. Es ist dies das erste Mal, daß Baumwolle in solcher Menge von Europa nach New Orleans verschifft worden ist, eine Erscheinung, die die unnatürliche Verschiebung der Marktverhältnisse charakterisiert, zu welcher die Brownschen Manipulationen geführt haben.

Der wöchentliche Wetter- und Erntebericht des Wetterbureaus der Vereinigten Staaten meldet ein schnelles Wachstum in allen Bezirken des Baumwollgebietes und einen besseren Stand der Ernte. Meldungen aus Carolina und Georgia ließen einen entschiedenen Fortschritt bemerken. In einzelnen Teilen von Louisiana und Texas war allerdings das Wetter ungünstig, der Stand der Pflanzen und die Saat verunreinigt. Im nördlichen Texas richteten Kapselwürmer einen beträchtlichen Schaden an.

Das ganze Aktienkapital verloren hat auch das Eisenwerk Thuringia AG., vorm. Franz Schaefer in Ligu. In Wühlhausen. Für das letzte Geschäftsjahr ergibt sich ein Verlust von 74 663 M. Der Gesamtverlust erhöht sich hierdurch auf 438 795 M. bei einem Aktienkapital von 440 000 M.

Ueber den rumänischen Rentenwindel-Prozess wird uns aus Bukarest, den 6. Juli, des näheren berichtet: Heute wurde der am Donnerstag vertagte Prozess gegen die Teilhaber an den falschen Rentenauslosungen wieder aufgenommen. Es wurde hierbei bekannt, daß nunmehr auch gegen den früheren Direktor im Finanzministerium, Victorian, Anklage erhoben werden soll. In einem am Sonnabend mit ihm angehaltenen Verhör gab er zu Protokoll, daß die „patriotischen“ Fälschungen des Jahres 1901 seiner eignen Initiative entsprungen seien. Gerade jetzt ist aber bekannt geworden, daß der frühere Finanzminister Pallade in der Rede, während der er vor 4 Wochen in Verlad plötzlich verstarb, den Premierminister Sturdza beschuldigte, diese falschen Auslosungen veranlaßt zu haben. Pallades Familie wollte erst diese letzte Rede Pallades unterdrücken, hat sie aber jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Man darf daher gespannt sein, welche Enthüllungen in dem sensationellen Prozesse noch zu Tage werden gefördert werden. Die Regierung ist in demselben als Zivilpartei durch mehrere Advokaten vertreten, welche heute erklärten, daß die Regierung sich dem Emissions-Komitee (Diskontogellschaft) gegenüber verpflichtet habe, die Renteninhaber wegen des ihnen durch die falschen Auslosungen zugefügten Schadens zu entschädigen. Derselbe wird mit 1/2 Mill. Frank von den Angeklagten eingefordert werden — wenn die letzteren so viel Geld in Rumänien oder überhaupt haben. — Victorian wurde heute von seinem Posten als Direktor der Depositenkasse suspendiert. Vielleicht schweigt er, um es nicht mit den jetzigen Machthabern zu verderben, vielleicht aber auch nicht, da das jetzige Kabinett sehr wackelt und ein andres im Herbst erwartet wird.

### Erklinden und Genossen vor dem Schwurgericht.

Duisburg, 9. Juli. Die heutige Verhandlung begann mit der Rechtsbelehrung der Geschwornen, welche ungefähr 2 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Hieraus zogen sich die Geschwornen zur Beratung zurück. Terklinden wurde nach dem vom Obmann Prof. Auerding-Duisburg vorlesenen Wahrspruch des Verbrechens nach den §§ 146, 147, 149, 151 und 275 des Straf-Gesetzbuches unter Ausschluß mildernder Umstände, Rosbadt der Beihilfe zu diesem Verbrechen, Beihilfe zum Betrüge, begangen in mehreren selbständigen Handlungen unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig befunden. Der Wahrspruch bezüglich der Frau Terklinden und Frau Rosbadt lautete auf nichtschuldig. Zum Zwecke der Verurteilung des Fragebogens hinsichtlich der Frau Terklinden mußten sich Gerichtshof und Geschworene nochmals zur Beratung zurückziehen. Das Urteil lautete gegen Terklinden auf sechs Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf die gleiche Dauer, gegen Rosbadt auf sechs Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr 11 Monaten auf die Untersuchungshaft; Frau Terklinden und Frau Rosbadt wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte gegen Terklinden 10 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizei-Aufsicht, gegen Rosbadt 8 Jahre Gefängnis beantragt.

### Zweite Generalversammlung des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen.

Am 8. Juli trat in Magdeburg die zweite ordentliche Generalversammlung obigen Verbandes im „Aufengarten“ zusammen. Der Verband wurde im Jahre 1897 in Leipzig gegründet, besteht also jetzt sechs Jahre. Anwesend sind 32 Delegierte, 2 Vertreter des Vorstandes (Grünwaldt und Becker), 1 Vertreter des Ausschusses. Als Vertreter des Sattler-Verbandes ist der zweite Vorsitzende desselben, Berner, und als Vertreter der Generalcommission der Gewerkschaften Silberhammer anwesend.

Der Vorstandsbericht liegt im Druck vor. Derselbe skizziert die Entwicklung des Verbandes während der letzten drei Jahre und konstatiert, daß sich der Verband, obwohl die letzten Jahre im Zeichen der Wirtschaftskrise standen, vorzüglich nach innen und außen entwickelt hat. Die Beitragserhöhung von 15 auf 25 Pf. und die damit gleichzeitig eingeführte Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen hat sich als vorzügliches Bindemittel bewährt. Alle Bestrebungen, daß infolge der Erhöhung der Beiträge eine Mitgliedsverlust eintritt, haben sich als unzutreffend erwiesen. Der Verband kann mit der Entwicklung während der vergangenen Jahre zufrieden sein. Zu Ende des Jahres 1899 zählte der Verband in 69 Filialen 3525 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1902 in 110 Filialen 4721 Mitglieder. Das ist ein Mehr von 1196. Die Fluktuation blieb trotz der Unterstützungsvereinigungen eine sehr große. In den letzten drei Jahren traten 9024 Mitglieder ein und 8035 traten aus. Das macht pro Jahr durchschnittlich 2680 Austritte. — In den letzten drei Jahren betrug die Gesamteinnahme des Verbandes 151 865,09 M., die Ausgabe 124 845,45 M. Der Bestand der Hauptkassa betrug am 31. Dezember 1902 27 019,84 M. Unter den Ausgaben befinden sich 10 807,90 M. für Reise-Unterstützung, 2649,25 M. für Krankenunterstützung, 1585 M. für Sterbegeld, 11 010,94 M. für Streiks und sonstige Unterstützungen. Das Verbandsorgan kostete 13 981,17 M., für Agitation, Konferenzen etc. wurden 4328,51 M. verausgabt. Für Druckkosten 5804,55 M., für Gehälter 4761,34 M. und an die Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands 1198,19 M.

Der Verband hat sein Agitationsgebiet in sechs Gauen eingeteilt. Diese Gauen erheben besondere Gewerbeiträge von den ihnen zugewiesenen Filialen, die sich für das Jahr 1901 und 1902 auf insgesamt 6125,45 M. bezifferten. An Zuschüssen (direkt und indirekt) erhielten die Gauen für Agitation aus der Hauptkasse

1291,15 M. Die Gau-Einteilung hat sich gut bewährt und soll auch ferner beibehalten werden. 3 Lohnbewegungen war der Verband vom 1. Januar 1900 bis 30. Juni 1903 in insgesamt 32 Städten beteiligt. Im Jahre 1902 waren 7 Abwehrstreiks erforderlich; von diesen hatten nur 2 Erfolg, 5 keinen. Von den 24 Angriffsstreiks endeten 9 mit Erfolg, 7 hatten teilweisen und 8 keinen Erfolg. Außerdem fand in diesem Jahr ein Abwehrstreik statt, der Erfolg hatte. Insgesamt waren an den Streiks 2346 Personen beteiligt, davon gehörten 1765 dem Verbande an. Die Streiks dauerten insgesamt 84 Wochen und lösteten 41 774, 16 M. Tarifverträge mit den Unternehmern bestehen nur vereinzelt. Der Vorstandsbericht konstatiert, daß in den Kreisen der Unternehmer sehr geringes soziales Verständnis vorhanden sei. — Das „Korrespondenzblatt der Tapezierer“ hat eine Auflage von 6500 Exemplaren; es erscheint alle vierzehn Tage, nach Bedarf vier oder acht Seiten stark. Außer den Verbandsmitgliedern erhalten die Schweizer Tapezierer das Blatt in circa 145 Exemplaren.

Die Debatte über den Vorstandsbericht beschränkt sich auf unwesentliche Ausstellungen über kleine Vorkommnisse; im allgemeinen wird die Thätigkeit des Vorstandes lobend anerkannt und demselben Danksagung erteilt. Einige Klagen an die Generalversammlung werden einer Kommission überwiesen.

Alsdann folgt das Referat über Organisation, Agitation und Lohnbewegungen.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Holz- und Bretterträger und Brettschneider. Eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter dieser Branchen beschloß gestern abend einstimmig, die an die Arbeitgeber gestellten Forderungen ihrem ganzen Inhalt nach aufrecht zu erhalten und auf allen Plätzen, wo sie nicht vollständig bewilligt sind, von heute morgen ab die Arbeit ruhen zu lassen. Nach dem Situationsbericht, der in der Versammlung gegeben wurde, haben bis jetzt 7 Firmen bewilligt. Mehrere Firmen haben zwar verschiedene Zugeständnisse gemacht, wollen aber teils die neunstündige Arbeitszeit, teils die geforderten Minimallöhne nicht voll anerkennen. Auf denjenigen Plätzen, wo die Arbeit, nachdem die Forderungen nur teilweise bewilligt waren, aufgenommen wurde, soll nach dem jetzt gefaßten Beschlusse wieder in den Streik getreten werden. — Die Versammlung beschloß ferner, daß jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollege per Tag 50 Pf. zur Unterstützung der Streikenden zu zahlen hat. Die Streikunterstützung wurde auf 2,50 M. per Tag und für jedes Kind 1 M. per Woche festgesetzt.

Ein neuer Einigungsversuch im Kürschnerstreik. Am Mittwoch tagte im Alten Schützenbause eine starkbesuchte Kürschnerversammlung, in der auch die Arbeitgeber in größerer Anzahl vertreten waren. Sie endete damit, daß beide Parteien sich bereit erklärten, von neuem eine Einigung anzustreben. Zunächst beleuchtete Regge die gegenwärtige Situation. Er verurteilte scharf die Art und Weise, wie einzelne Arbeitgeber die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bereuen suchen, ohne die Forderungen unterschrittlich anerkennen zu haben. Er empfahl die Fortsetzung der bisherigen Taktik. Von den Arbeitgebern sprach zunächst Herr Landsberger, der sein Bedauern darüber äußerte, daß seiner Zeit die Kommissionsverhandlungen erfolglos verlaufen sind, woran seiner Meinung nach das Verhalten der Arbeitgeber Schuld gewesen ist, was dann von Regge und den anderen Rednern vom Kürschnerverband entschieden bestritten wurde. Im weiteren Verlauf der Versammlung kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern. Nachdem dann jedoch Herr Landsberger sowie andere Arbeitgeber, die an der Debatte teilnahmen, wiederholt dem Wunsche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts Ausdruck gaben, wurde vom Bureau der Versammlung aus die Frage gestellt, ob die Arbeitgeber unter der Bedingung, daß ein Aufschlag von 33 1/2 Proz. für Lederbündeln festgesetzt werde, geneigt seien, einen korporativen Vertrag einzugehen. Herr Landsberger konnte eine bindende Erklärung nicht abgeben, versprach jedoch, in der Arbeitgeber-Organisation nach besten Kräften für Annahme eines solchen Vorschlages wirken zu wollen. In gleichem Sinne äußerten sich die übrigen Redner der Arbeitgeber. Gegen wenige Stimmen beschloß dann die Versammlung, daß auf dieser Grundlage eine Einigung mit den Arbeitgebern angebahnt werden soll. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß keiner der Streikenden die Arbeit früher wieder aufnehmen darf, als die Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben.

Mit der Lohnbewegung der Maßschneider beschäftigte sich eine gutbesuchte Versammlung der in Schuhwaren-Fabriken und sonst im Schuhmadergewerbe thätigen Personen, die am 8. Juli in den Andreas-Hörsälen tagte. Walter schilderte die Entwicklung des nun etwa zehn Wochen dauernden Kampfes und stellte fest, daß es sich jetzt nicht mehr für die Arbeitgeber um die Lohnforderung an sich handle, sondern darum, auf jeden Fall als Sieger dazuzufinden. Jeden Vergleich selbst lehnten sie ab; die Arbeiter sollten gebüht werden. Es handle sich um einen Kampf um die Nacht. Mit Energie hielten die Kollegen der Friedlichstätt zusammen. Würden sie niedrigerungen von den koalitierten Unternehmern, dann wäre das ein schätlicher Schlag gegen die Organisation der Arbeiter der Schuhwarenbranche überhaupt. Es dürfe jetzt nicht heißen: „Hier Fabrikarbeiter — hier Schuharbeiter“, sondern alle Kollegen müßten freudig ihr Solidaritätsgefühl heftigen und den Kämpfenden zum Siege verhelfen, zu Ruh und Frommen der Organisation. — Die Ausführungen des Referenten und Christensens, der sie noch ergänzte, fanden lebhaften Beifall. Herrmann schloß aus einander, daß es sich durchaus nicht um frivole Forderungen handle, sondern nur um einen Ausgleich für die höheren Anforderungen an Geschicklichkeit und Accuratesse der Arbeiter. Becker wandte sich direkt an seine speciellen Kollegen in den Fabriken, trotz aller schon im letzten Jahr gebrachten Opfer doch wieder von neuem zu feuern, eventuell mit 5 Proz. Nachdem noch einige Redner im selben Sinne sich geäußert hatten, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin die Versammelten den so lange mutig im Kampf anhaltenden Kollegen der Friedlichstätt ihre Anerkennung ausdrückten und sich verpflichteten, ihre Solidarität zu bekunden, indem sie in Werkstätten und Fabriken Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden veranstalteten. Weiter wurde beschlossen, daß die Kollegen in den nicht vom Streik betroffenen Werkstätten und in Fabriken, so lange der Streik dauert, 5 Proz. ihres Verdienstes auf Listen für die Streikenden zeichnen.

#### Deutsches Reich.

Der Maurerstreik in Plauen hat den dortigen Oberbürgermeister veranlaßt, in den letzten Tagen mehrere lange Verhandlungen sowohl mit den Arbeitern wie mit den Unternehmern zu führen. Der Oberbürgermeister hätte nämlich gern eine Beilegung des Streiks zu Wege gebracht, damit der König von Sachsen, der in diesen Tagen Plauen besucht, nicht durch den Anblick freitretender Arbeiter unangenehm herüber werde. Aber an der Unnachgiebigkeit der Unternehmer scheiterte die Einigung, obwohl die Arbeiter von ihren ursprünglichen Forderungen auf die 10 1/2 stündige Arbeitszeit und 48 Pf. Stundenlohn zurückgegangen sind.

Die Maurer in Hirschberg (Schlesien) haben, nachdem sie vier Wochen streikten, eine Einigung erzielt, wodurch der Lohn von 32 auf 35 Pf. erhöht und die Arbeitszeit von 11 auf 10 1/2 Stunden verkürzt wird.

#### Ausland.

Die Massenaußsperrung in Schweden. Wie bereits eine Depesche meldete, haben die schwedischen Metallindustriellen ihren Aussperungsbeschlusse am Montag ausgeführt. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter wird auf 17 000—20 000 angegeben. Der geringfügige Anlaß der Aussperung, der Streik der acht Formier in Kristiansstad in Schweden, diente den Herren

selbstverständlich nur zum Vorwand für ihre brutale Maßregel. Ihr eigentlicher Zweck ist die Vernichtung der Arbeiterorganisation, und sie gehen dabei sogar soweit, daß sie selbst die Mitglieder des „Schwedischen Arbeiterverbandes“, der berüchtigten Spreng- und Streikbrecher-Organisation, mit ausgesperrt haben, so daß dieser Verband, der doch so gerne mit den Arbeitgebern harmonisieren möchte, sich genötigt sieht, nun ebenfalls gegen die Stellung zu nehmen. Der Vorstand der „Werkstättenvereinigung“, der Unternehmer-Organisation, die übrigens erst im Jahre 1901 existiert, scheint bei der ganzen Affaire recht dilatorisch vorgegangen zu sein. Er hat den Mitgliedern nur noch das eine Recht gelassen, unorganisierte Arbeiter zu beschäftigen, alle anderen Arbeiter, welcher Organisation sie auch angehören möchten, mußten entlassen werden. Ein besonders großzügiges Angebot hat die bereits vom Wahlrechtstreit her bekannte „Aktien-Gesellschaft Separator“ in Stockholm den Unorganisierten gemacht. Sie versendet folgendes Zirkular:

„Unter der Voraussetzung, daß Sie gewillt sind, auf Ehre und Gewissen eine schriftliche Erklärung zu unterzeichnen, daß Sie nicht irgend einem Fachverein oder einer anderen Organisation angehören und auch während der gegenwärtigen Aussperung keinerlei Unterstützung von einer solchen Organisation genehen, werden wir Ihnen bis auf weiteres eine Unterstützung von 12 Kronen pro Woche ausbezahlen. Sie können sich in diesem Fall am Sonnabend, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem gewöhnlichen Lohnauszahlungspunkte in der Werkstätte einfinden.“

Das Schreiben bietet einen neuen Beweis dafür, daß es den Arbeitgebern lediglich um die Vernichtung jeglicher Arbeiter-Organisation zu thun ist. Als die circa 1000 Arbeiter des Separator am Montag die Arbeit verlassen mußten, wurden sie vor der Fabrik von 600 Ausgesperrten aus „Holländers mechanischer Werkstätte“ mit Gefang und Sympathiebekundungen begrüßt, worauf sich alle nach einer Waldanlage vor der Stadt begaben und unter freiem Himmel eine Versammlung abhielten.

Wie „Socialdemokraten“ jetzt mitteilt, hat am vorigen Freitag der schwedische Zivilminister, Staatsrat Westring, die Vorsitzenden des Hieserverbandes und des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, Blomquist und Blomberg, zu sich berufen, um mit ihnen über die Mittel zur Beilegung des Konflikts zu beraten. Am Montag reiste Blomquist nach Kristiansstad, wo unter Teilnahme des Landeshauptmanns de la Gardie eine 1 1/2 stündige Verhandlung mit dem Fabrikanten Karlsson zwecks Abwendung der drohenden Aussperung stattfand. Trotzdem sich der Landeshauptmann große Mühe gab und auch der Vertreter der Arbeiter das größte Entgegenkommen zeigte, blieben die Verhandlungen erfolglos.

Die Lage in Portomaggiore — so wird uns aus Rom, den 7. Juli, geschrieben — gestaltet sich von Stunde zu Stunde ernster. Gestern früh trafen 38 Streikbrecher ein, die auf dem Bahnhof vom Abgeordneten Genossen Bertesi aufgefordert wurden, abzureisen. Nur zwei ließen sich dazu bestimmen, die anderen begaben sich, von der Kavallerie begleitet, auf die Felder. Die Streikenden, über 2000 an Zahl, wollten das nicht zulassen. Die Frauen fielen den Pferden der Soldaten in die Fügel, so daß die Kavallerie nicht vordringen konnte, wenn man nicht Frauen und Kinder niederreiten wollte. Die Streikbrecher wurden von dem Anblick der Ausständigen und dem Flehen der Frauen endlich bewogen, den Rückweg nach der Station anzutreten. Genosse Bertesi bezahlte ihnen die Reise und die armen, unwissenden Menschen zogen wieder fort, ohne ihren Arbeitsrüden in den Rücken gefallen zu sein. — Wenn das Korn noch 48 Stunden steht, ist die Ernte verloren. Viele der Gutsbesitzer verkaufen ihr Vieh, andre lassen es frei auf den Feldern herumlaufen.

Der Konflikt im Hafen von Genua ist — wie uns unser Korrespondent aus Rom, den 7. Juli, schreibt — durch das Defekt des Konfortiums beigelegt, da die Händler sich der Beordnung bedingungslos untergeordnet haben. Gestern früh fanden sich auf den Kössaplätzen 4 Arbeitervertreter des Konfortiums ein, die jedem Händler die von ihm geforderte Zahl von Arbeitern zuwiesen. Die vorläufige, durch das Defekt festgesetzte Ordnung der Arbeiten im Kohlenhafen wird von einigen Gegnern der Arbeiter als Niederlage der Gewerkschaften angesehen, da diese jetzt dem Konfortium gegenüber keinerlei Funktion haben. In der That liegt die Sache aber so: in die Listen des Konfortiums wurden alle organisierten Arbeiter und gegen 100 Nichtorganisierte eingetragen. Die Gewerkschaften, die bisher ihre Mitglieder den Unternehmern direkt zur Verfügung stellten, stellen sie heute jeden Morgen dem Konfortium zur Verfügung. Und wie bisher in Zeiten des Arbeitsmangels stellen sie heute eine, morgen die andre Arbeitergruppe zur Verfügung, führen also für ihre Mitglieder den Zornus durch, genau wie bisher. Von einer Niederlage kann also nicht die Rede sein. Unterlegen sind die Verfechter der „Freiheit der Arbeit“, die Händler, die „Herrn im Hause“ sein wollten. Allerdings sind auch diese nicht von den Arbeitern besiegt, sondern durch eine Verfügung der Behörden entworfen. Ihr unzeitgemäßes Prinzip ist verworfen worden, während die von den Arbeitern vertretenen Grundsätze von der Beordnung anerkannt wurden.

### Vom Papste.

Rom, 9. Juli. Der heute vormittag 9 1/2 Uhr veröffentlichte Krankheitsbericht besagt: Die Nacht ist ungestört verlaufen; der Papst hat geruht. Der Prozeß in der Lunge ist, was den Teil der Lunge betrifft, welcher von der wenigsten Flüssigkeit nicht bedeckt wird, die sich noch im Brustfell befindet, in voller Lösung begriffen. Die Erleichterung im Allgemeinbefinden hält an. Lapponi, Razzoni. Das „Giornale d'Italia“ meint, alles weise darauf hin, daß Nicerenzianbindung beim Papste ausgeschlossen ist. Professor Razzoni erklärte es für unmöglich, mit Sicherheit etwas vorauszusagen. Wenn der Papst gesund würde, würde er durch die Krankheit doch geschwächt bleiben, die ja auch bei jungen Leuten Spuren zurückläßt. Deshalb würden auch im Falle der Genesung die Befürchtungen nicht aufhören. Das Watt fügt hinzu, die Besserung dauere an, der Zustand sei aber immer noch ernst.

Die „Tribuna“ schreibt: Am 5 Uhr morgens wurden die Fenster im Zimmer des Papstes geöffnet, um frische Luft einzulassen. Die Personen, welche den Vatikan verließen, gaben beruhigende Nachrichten. Jedoch warnte Razzoni vor zu hohen Erwartungen. Der Papst ringe verweigert mit dem Tode.

Monsignore Volpini, den im Vorzimmer des Papstes ein Schlaganfall befiel, ist gestorben. — Cardinal Roceni ist der „Tribuna“ zufolge bedenklich erkrankt.

Heute nachmittag 5 Uhr wurde folgender Krankheitsbericht veröffentlicht:

Da das Allgemeinbefinden des hohen Kranken sich verschlechtert hat, fand um 4 Uhr nachmittags eine Konsultation statt, an welcher Professor Razzoni teilnahm. Die Untersuchung ergab, daß die Flüssigkeit im Brustfell sich von neuem schnell vermehrt und daß die Herzthätigkeit schwach ist, aber ohne Anzeichen einer Herzklappenverengung. Der Puls ist leicht zusammenschlagend; die Anzahl der Pulsschläge beträgt 90. Die Atmung ist oberflächlich und wenig häufig. Harnentleerung gering. Der Zustand des Papstes wird als ernst angesehen. gez.: Razzoni, Lapponi, Razzoni.

Im Laufe des Nachmittags verschlechterte sich das Befinden des Papstes, und es stellte sich Diarrhoe ein, an welcher der Papst, entgegen allen anders lautenden Gerüchten, bisher niemals gelitten hatte. Infolge dessen wurde die Konsultation beschlossen, die um vier Uhr stattfand. Die Untersuchung, bei der der dritte Arzt wurde, den Papst zu sehr anzustrengen, dauerte ungefähr 20 Min. Es wurde festgestellt, daß wahrscheinlich nötig sein werde, den Brusthöhlen Stiche zu wiederholen, was ebenfalls morgen geschehen würde. Als Razzoni das Gemach verließ, sprach er den Papst wieder ermutigend zu; der Papst reichte ihm mit Anstrengung die Hand und dankte ihm. Um 8 1/2 Uhr abends war der Zustand des Papstes unverändert.

Die Stadtverordneten-Wahlen

In Berlin finden im November dieses Jahres statt. Um wählen zu können, ist die

Einsichtnahme in die Wählerliste

dringend notwendig.

Der Magistrat erläßt hierzu folgende Bekanntmachung:

Die Liste der stimmfähigen Bürger Berlins ist in Gemäßheit der §§ 19 und 20 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, betreffend die Bildung der Wählerabteilungen bei den Gemeindewahlen, sowie der dazu erlassenen Ausführungsvorschriften des Herrn Ministers des Inneren vom 14. September 1900, aufgestellt und wird in der Zeit

vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J.

an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr und an den Sonntagen von vormittags 11 bis nachmittags 1 Uhr in unserem Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Treppen - Zimmer 57 - zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben; später eingehende Einsprüche werden nicht berücksichtigt.

Wir machen hiermit noch besonders darauf aufmerksam, daß bei Verichtigung der Wählerliste bezüglich des Wohnsitzes der stimmungsberechtigten Personen in Berlin die von diesen zu erstellenden polizeilichen An- und Abmeldungen maßgebend sind. Demnach müßten auch solche an sich wahlberechtigte Personen in der Wählerliste gestrichen werden, welche polizeilich abgemeldet sind, ohne jedoch ihren Wohnsitz hier selbst aufgegeben zu haben, z. B. also alle, welche sich in einem Bade oder zum Sommeraufenthalt auswärts befinden, müßten nur vorübergehend von Berlin abwesend sind, es aber unterlassen haben, solches auf der erstatteten polizeilichen Abmeldung zu vermerken.

Arbeiter, Parteigenossen! Das Jahr 1903 ist ein Wahljahr. Die glänzenden Erfolge bei den Reichstagswahlen können uns nicht veranlassen, auf unsere Vorbeeren auszurufen. Im Gegenteil! Unsere Partei als Kampfpartei schöpft aus unseren Siegen nur neue Kraft zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen. Diese zum November vorzubereiten, dazu ist es jetzt notwendig, daß dafür gesorgt wird, daß kein wahlberechtigter Arbeiter in den Wählerlisten fehle.

Sehe jeder die Wählerliste ein!

800 000 Mark unterschlagen!

Der ehemalige Trezorverwalter der Darmstädter Bank, dessen kolossale Unterschlagungen und Flucht seiner Zeit viel Aufsehen erregten, fand Donnerstag vor dem neunten Strafsammer des Landgerichts I in Berlin. Rehler ist beiduldig, in den letzten zehn Jahren über 800 000 M. zum Schaden der Darmstädter Bank unterschlagen und Depositscher und Kaufmännische Scheine gefälscht zu haben. Er bekam sich schuldig. Er sei der Sohn des Predigers Rehler und mit der Nichte des ehemaligen Direktors der Darmstädter Bank, Micheler, verheiratet. Er sei 1851 in die Darmstädter Bank gekommen. Als er eintrat, habe er 900 M. Gehalt bezogen und sei schließlich bis auf 4200 M. avanciert, so daß er mit Zankome etwa 5000 M. Einnahme hatte. Er habe sich mit der Tochter eines Handelsmannes verheiratet, die einen väterlichen Zuschuß von 8000 M. im Jahre erhielt, so daß seine Jahresgewinnnahme sich auf 8000 M. stelle.

Präs.: Sie hatten also nach Ihren Einkünften keine Veranlassung, Unterschlagungen zu begehen? - Angekl.: Nein. - Präs.: Was haben Sie mit dem Gelde gemacht? - Angekl.: Ich bin leichtsinnig gewesen. - Präs.: Sie haben sich

in Weiberkneipen

herumgetrieben und behaupten, daß Sie in solchen Kneipen etwa 20 000 Mark vergebend haben. - Angekl.: Das ist richtig. - Präs.: Sie behielten dann aber doch noch ein ziemlich großes Kapital übrig; wo ist das geblieben? - Angekl.: Ich habe sehr große Summen verborgt. - Präs.: Nun haben Sie aber doch noch weitere Unterschlagungen begangen. Sie haben sich im Jahre 1887 verheiratet. In den Jahren 1896/98 haben Sie wiederum Deposits im Betrage von 100 000 Mark unterschlagen. Wie sind Sie denn dazu gekommen? Nach Ihrer Verheiratung werden Sie doch wohl Weiberkneipen nicht mehr besucht haben? - Angekl.: Nein. Aber im Lauf der Zeit mußte ich doch für die Finsen der unterschlagenen Papiere sorgen. Ich habe kurz vor der Fälligkeit der betreffenden Coupons stets Effekten verkauft und die notwendigen Coupons beschafft. - Präs.: Auch diese Papiere haben Sie bei S. Braun verkauft? - Angekl.: Ja. - Präs.: Herr Braun ist wegen Hehlerei angeklagt, es kann aber gegen ihn nicht verhandelt werden, weil er krank ist. Ja, möchte nun gern von Ihnen wissen, wo das viele Geld geblieben ist? Sie waren doch nun verheiratet! Sie hatten einen guten Zuschuß, was zwang Sie also zu den Unterschlagungen? Haben Sie spekuliert? - Angekl.: Nein. - Präs.: Haben Sie noch weiter Weiberkneipen besucht? - Angekl.: Nein. - Präs.: Haben Sie Frauen unterschlagen? - Angekl.: Ja, eine Frau. - Präs.: Sie behaupten, daß Sie auch für Weine viel ausgegeben haben. Sie wollen jährlich etwa

3000 M. für Wein

verbraucht haben und berechnen, daß Sie in 12 Jahren für etwa 36 000 M. für Wein ausgegeben haben. - Präs.: Sie haben auch weiterhin viel Geld verborgt. Wie kamen Sie dazu? War das auch so

eine Art modernen Größenwahnsinn,

daß Sie als großer Mann dasiehn wollten, der viel Geld verborgen könne? - Angekl.: Es war mehr aus Gutmütigkeit.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er auch

Urkundenfälschungen

begangen habe, was der Angeklagte zugiebt. Er hat verschiedene Fälschungen in den lebenden und toten Conten vorgenommen, Effekten als verkauft gebucht, in den Kaufmännischen den Deposits bestand gefälscht, als im November und Dezember 1901 eine allgemeine Ausnahme der Bestände stattfand, die Effektenverzeichnis gefälscht zc. zc. - Der Angeklagte giebt an: Es hätten jeden Monat Revisionen stattgefunden, sie beschränkten sich jedoch auf Stichproben. Alle halbe Jahre hätte dann eine Kontrolle durch zwei Aufsichtsratsmitglieder stattgefunden, doch handelte es sich dabei auch

nur um Stichproben.

Sämtliche Deposits auf einmal seien nach ihren Beständen niemals kontrolliert worden. Es sei ein ständiger Revisor vorhanden gewesen, der sämtliche Bureau kontrolliert habe. In seinem Bureau sei er zwei bis drei Monate gewesen. - Präs.: Aber eine Aufnahme sämtlicher Deposits zu gleicher Zeit hat nicht stattgefunden. - Der Vorsitzende stellt fest, daß die Depot-Inhaber zu den Fälligkeitsterminen der Coupons Auszüge aus den Büchern und Gutschriften Formulare zugesandt erhielten und daß der Angeklagte bei dem Herausgeben dieser Termine sich an einem Stammbuch und ihm den Auftrag gab, die nötigen Coupons bezw. Dividendenscheine zu laufen. - Präs.: Wurde denn bei den Coupons gar keine Kontrolle bezüglich der Nummern geführt? - Angekl.: Nein, das ist auch nicht durchzuführen. - Präs.: Sie konnten Sie sich dazu verstehen, dritten Personen so große Summen zu verleihen. Einem Herrn v. Köppen haben Sie allein 90 000 M. geliehen. Wie haben Sie denn gelebt? Welches Wirtschaftsgeld bekam Ihre Frau. - Angekl.: Ich lebte ganz einfach. Meine Frau verbrauchte ihren Zuschuß von 8000 M. zur Wirtschaft und zu ihrer Toilette.

Die Wohnung am Schöneberger Ufer kostete 1900 M. - Präs.: Haben Sie denn besonders viel für sich selbst verbraucht? - Angekl.: Nein, ich habe nicht viel verbraucht. - Präs.: Dann ist es ganz unbegreiflich, wo das Geld geblieben ist! Sie haben allerdings viel Geld verborgt. Beispielsweise haben Sie einem Heilbrunnler Kasale ohne weiteres 40 000 M. verborgt. Im Hotel de Rome ist eine Vadeanstalt, in welcher Sie sich von Herrn Kasale die Fühneraugen schneiden ließen. Dieser Mann hat Ihnen gesagt, er möchte sich gern selbständig machen und da haben Sie ihm sofort 40 000 M. verborgt. Wie kamen Sie dazu? - Angeklagter schweigt. - Präs.: Sie haben die 40 000 M. hingegeben ohne Schuldschein, ohne Vertrag, ohne Verbindlichkeit? - Angekl.: Ja.

Der Angeklagte hat seit dem Jahre 1887 insgesamt 250 000 M. verborgt.

Darunter befinden sich Summen von 18 000 M., 6000 M., 3000 M., 4000 M. zc. an Regelfreunde, Angestellte der Bank zc.

Präs.: Am 12. Dezember 1902 erhielten Sie die Gewissheit, daß Ihnen die Trezorverwaltung abgenommen werden würde, und so sind Sie denn am 14. Dezember geflohen? - Angekl.: Ja, ich ging in die Schweiz. - Präs.: Sie sind im Besitze eines Revolvers gewesen. Woher ist sie sich beschaffen? - Angekl.: Ja. - Präs.: Das konnten Sie doch auch in Deutschland, wenn Sie es ernstlich vorhaben. Sie haben nur einen Frau-Mitteln-20-eig eine Unterstützung von 15 000 Mark gewährt. Wie kamen Sie dazu? Frau M. war früher eine Kellnerin. - Angekl.: Es war eine Belanntschaft aus meiner Junggesellenzeit her. Sie hat mich öfter in Anspruch genommen und schrieb immer so überschüssige Briefe. - Präs.: Sie haben auch riesige Summen für Lotterielose ausgegeben. Sie haben für 40 000 M. Lose aller Art gekauft, immer gleich ganze Lose. Sie hofften wohl, durch größere Gewinne aus allen Schwierigkeiten heraus zu kommen? - Angekl.: Ja wohl. - Präs.: Es ist immer noch nicht aufgeklärt, wo eine Summe von etwa 200 000 Mark, über die Sie keine Auskunft geben können, geblieben ist? Wo haben Sie sie gelassen? Bekennen Sie doch Ihr Verbrechen! - Angekl.: Wenn ich könnte, würde ich es thun. Es ist mir aber selbst ein Rätsel!

Gen. Rat Dr. Richter,

Direktor der Darmstädter Bank, bekundet als Zeuge, daß der Angeklagte das absolute Vertrauen in der Bank genos. Wenn auch seine Fähigkeiten manches zu wünschen übrig ließen, so wurde seine volle Zuverlässigkeit doch niemals in Zweifel gezogen. Eine absolute Sicherheit gegen Unterschlagungen bei Banken lasse sich durch Revisionsvorschriften nicht erreichen. Eine regelmäßige Aufnahme aller Bestände auf einmal sei bei dem Umfange der Trezors unthunlich. Eine solche Revision, die einmal nur in einer Abteilung mit Hilfe von sechs Beamten vorgenommen wurde, dauerte einen vollen Monat. Dazu komme, daß wenn eine solche Aufnahme fertig ist, sie schon wieder unrichtig ist. Es gebe vielleicht ein Mittel, um solche Unterschlagungen rascher an den Tag zu bringen; das Mittel wäre ein häufigerer Wechsel der Kassierposten. Der Angeklagte sei auch sehr raffiniert zu Werke gegangen. Es wird vermutet, daß er einmal bei einer Revision Jongleurhandstücke ausgeführt und aus einem schon revidierten Paket Papiere in ein noch nicht revidiertes hindübergelockt hat.

Es folgt in weiteren die Vernehmung des früheren Kollegen des Angeklagten, des

Bankbeamten v. Köppen,

dem der Angeklagte 90 000 M. verborgt haben will. Der Zeuge behauptet, daß der Angeklagte ihm nicht 90 000, sondern nur 20 000 M. verborgt habe. Rehler bleibe dagegen bei seiner Behauptung. Der Zeuge v. Köppen wird dringend zur Wahrheit ermahnt und erklärt, seine Angabe auf keinen Fall nehmen zu wollen, als der Direktor Wintler sich noch einmal zum Wort meldet und bekundet, daß sich in der Darmstädter Bank eine schriftliche Anerkennung des Zeugen v. Köppen befindet, worin dieser angiebt, dem Angeklagten Rehler 50 000 Mark zu schulden. Der Zeuge v. Köppen giebt jetzt an, daß er diese hohe Summe nur angegeben habe, um sich die Stellung bei der Bank zu erhalten, er wird aber darauf hingewiesen, daß er eine Unwahrheit beinahe mit einem Eide bekräftigt hätte. Schließlich ergänzt der Zeuge seine Aussage dahin, daß die ihm von Rehler geliehenen Beträge im ganzen vielleicht 80 000 Mark ausmachen könnten. Er behauptet ferner, daß der Angeklagte ihm zu einem flotten Leben verführt habe.

Gerichtsrat Dr. Störmer bezeichnet den Angeklagten als geistig völlig normal.

Staatsanwalt Reiser beantragt 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft und 10 Jahre Ehrverlust.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Marwit bittet, dem Angeklagten mildere Umstände zu bewilligen, denn er sei offenbar ein anormaler Mensch, der von den Unterschlagungen für sich herzlich wenig gehabt.

Der Gerichtshof spricht nach kurzer Beratung den Angeklagten der vorsätzlichen Unterschlagung und schweren Urkundenfälschung schuldig, bewilligt ihm aber mildere Umstände mit Rücksicht darauf, daß er ein schwacher Charakter ist, einfach gelebt hat, bisher unbescholten war, ein offenes Gesandnis abgelegt hat und der moralische Defekt, dem er zuerst zum Opfer gefallen, weit vor seiner Ehe liegt.

Das Urteil

lautet auf fünf Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

3. Wahlkreis. Sonntag, 12. Juli: Auszug des Wahlvereins mit Familie. Näheres Sonnabend im „Vorwärts“. Der nächste Jahlabend findet Donnerstag nach dem 15. Juli in den belakanten Lokalen statt.

Schöneberg. Am Sonntag, den 12. Juli, bezieht der Socialdemokratische Wahlverein in den Obsthagen Lokaltätten, Meiningerstr. 8, sein 13. Stiftungsfest und werden die Parteigenossen zu zahlreichem Besuch eingeladen. Näheres siehe Inserate und Plakate.

Preis. Die Generalversammlung vom Wahlverein findet heute, Freitag, den 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen Klos, Chausseest. 69/70, statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Ausnahme neuer Mitglieder. Beiträge und Vereinsangelegenheiten.

Waldmannstuf. Am Sonnabend, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr, bei A. Ruhn, Waldmannstuf: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Massenbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Bericht über die Diskutier-Abende der einzelnen Orte. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Nieder-Schöneberg. Am Sonnabend, den 11. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Franz Grünauerstr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erforderlich. Es sind dorthin die Sammellisten für die Reichstagswahl abzurechnen.

Lokales.

Wie man seine Arbeiter an sich fesselt, das können diejenigen Arbeitgeber, denen das bei niedrigen Löhnen, langer Arbeitszeit und schlechter Behandlung bisher nicht hat gelingen wollen, von der Verwaltung des Kurhauses Ost-

die eno lernen. Die Kurhausdirektion engagiert für die Sommermonate Angestellte aller Art, viele davon auch aus Berlin, und verpflichtet sie für die ganze Dauer der Saison. Nun macht sich aber bei den Angestellten manchmal schon vor Schluß der Saison die Reizung bemerkbar, den Stand des Vadeortes wieder von den Rantoffeln zu schütteln. Welche Gründe sie dazu haben, das soll hier nicht untersucht werden. Dagegen möchten wir uns das Mittel, dessen sich die Kurhausdirektion von Ostbierenow zur Unterdrückung dieser ihre unbecuemen Reizung bedient, einmal näher ansehen. Das Mittel hat für das Kurhaus den doppelten Vorzug, nicht nur fast stets zu wirken, sondern obenein auch gar nichts zu kosten; in denjenigen Fällen, wo es etwa doch einmal versagt, bringt es der Kurhauskasse sogar noch eine ganz hübsche Einnahme.

Ein Konditor, der nach Ostbierenow engagiert werden sollte, hat uns den Vertrag vorgelegt, den ihm die Direktion des dortigen Kurhauses zugemutet hat. Sie verspricht ihm als Gehalt „monatlich Mark 40, in Worten Vierzig Mark, und freie Station“; aber wohlgemerkt: sie verspricht es ihm nur. Auszahlen wollte sie am Schluß jedes Monats nur 1/3, in Worten Ein Viertel des Gehalts, während drei Viertel als Kaution bis Ende der Saison stehen bleiben sollten. Für den Fall „besonderer Zufriedenheit“ wurde noch mehr versprochen, nämlich eine „Gratifikation von 20-30 Mark, in Worten Zwanzig bis Dreißig Mark“. Auch diese Summe sollte bis Ende der Saison stehen bleiben. Was geschieht nun aber, wenn der Angestellte schon vorher gehen will? Dann wird er auf eine Bestimmung des Vertrages verwiesen, in der das oben erwähnte, fast stets wirksame, nichts kostende und unter Umständen noch Geld einbringende Mittel steht. Wenn nämlich der Engagierte „vor Ende der Saison seine Stellung verläßt oder sich weigert, die ihm angeordneten Arbeiten zu verrichten, oder der Direktion oder deren Vertretern den gebührenden Gehorsam versagt“, dann verliert er nicht nur die „Gratifikation“, sondern auch die „Kaution“, d. h. die in jedem Monat zurückbehaltenen drei Viertel seines Gehalts „ohne jeden Anspruch und ohne gerichtliche Einwendungen“.

Die Vorzüge dieser „Kaution“ sind für das Kurhaus hiermit noch nicht erschöpft. Die drei Viertel des Gehalts verfallen nicht nur dann, wenn der Angestellte vor Schluß der Saison gehen will, sondern auch dann, wenn er vorher gehen muß. Wird von der Vadedirektion bei ernstlicher Klage über den Angestellten die sofortige Entlassung beantragt, so verliert er ebenfalls seine „Kaution“ und hat keine weiteren Ansprüche an das Kurhaus. Entlassung ohne Kündigung und ohne Anspruch auf Entschädigung kam übrigens schon dann erfolgen, wenn der Angestellte „sich der übernommenen Stellung nicht gewachsen zeigt“. Dabei darf die Direktion auch Arbeitsleistungen von ihm verlangen, die „außerhalb der allgemeinen Tätigkeit seiner Stellung liegen“; auch in diesem Falle ist der Angestellte „unverzüglich zur Ausführung verpflichtet“. Die Direktion kann hiernach verlangen, was ihr gut dünkt; der Angestellte kann im Hinblick auf seine „Kaution“, d. h. auf sein rechtmäßiges Gehalt, nichts verweigern. In den ersten vier Wochen kann die Direktion - aber nur diese, nicht auch der Angestellte - jederzeit den Vertrag aufheben, ohne zu Schadenersatz verpflichtet zu sein.

Zu diesen unerhörten Bedingungen kommen die hohen Ordnungstrafen. Sie werden am Ende jedes Monats in bar zurückbehalten, d. h. von dem nicht als „Kaution“ zurückbehaltenen Gehaltsviertel abgezogen. Dieses Gehaltsviertel beträgt, wie gesagt, 10 M., während die Strafen bis zu 2,50 M. pro Fall hinaufgehen. Noch toller ist die Bestimmung, daß, wer das Haus oder seinen Dienst ohne schriftliche Erlaubnis verläßt oder angeordnete Arbeiten verweigert, oder die Arbeit niederlegt, bei seiner Entlassung neben dem Verlust der „Kaution“ noch als „vertragliche Strafe“ ein Monatsgehalt zu zahlen hat. Eine bare Gehaltsentnahme von monatlich 10 M., Ordnungstrafen bis zu 2,50 M. pro Fall und dann bei der Entlassung noch eine Strafe in Höhe eines Monatsgehalts (10 M. oder 40 M.?) - das grenzt doch in der That fast an Wahnsinn!

Wie wenig verlockend muß der Dienst in Bade-Orten sein, wenn zu solchen Mitteln gegriffen werden muß, um die Stellenflucht des Personals zu bekämpfen! Und wie wenig Selbstbewußtsein muß dieses Personal besitzen, wenn eine Kurhausdirektion sich erlauben darf, solche Bedingungen zu stellen!

Ein Mißstand im Militärwesen. Selbst wenn man mit dem heutigen Militärämterwesen im allgemeinen nicht einverstanden ist, so kann man doch nicht billigen, daß innerhalb dieser Einrichtung Mängel bestehen, die unter Umständen für einzelne Personen schwere Nachteile herbeiführen. Ein Fall, der uns unterbreitet wird, zeigt, wie mangelhaft diese Einrichtung ist. Der frühere Bezirksfeldwebel W. beim Bezirkskommando I Berlin verließ den Militärdienst. Bei seinem Abgang wurde ihm durch seine vorgesetzte Behörde der Civilversorgungsschein verweigert. Er legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, das Generalkommando des III. Armeekorps wies die Berufung ab mit der Begründung, dem Betroffenen habe der Civilversorgungsschein „wegen dauernd schlechter Führung“ abgeprochen werden müssen. Diese Begründung war für W. ebenso überraschend wie die Veragung des Civilversorgungsscheins selbst. Er machte eine weitere Eingabe an das Kriegsministerium. Er verwies auf die durchweg günstigen Zeugnisse, die er stets erhalten habe. Er führte aus, daß die Behauptung einer „dauernd schlechten Führung“ nicht übereinstimme mit der Thatfache, daß mit ihm fortwährend kapitalisiert worden sei, daß er im Oktober 1890 zum Sekreten, 1891 zum Unteroffizier, 1894 zum Sergeanten, 1897 zum Bezirksfeldwebel befördert worden sei. Allerdings sei er 1900 standgerichtl. mit sieben Tagen Haft wegen eines außerordentlichen Vergehens (Weilbügung von Civilpersonen) bestraft worden und einmal wegen angeblichen Dienstvergehens mit fünf Tagen geltendem Arrest. Diese Verstrafung mit Arrest war aber zurückzuführen auf das subjektive Vorurteil des Abteilungsvorstehers Oberstleutnants Me, desselben, der die Verweigerung des Civilversorgungsscheins verursacht hat. Es kann die Öffentlichkeit nicht interessieren, wie dieser Fall sich in seinen Einzelheiten zugetragen hat, nur so viel sei bemerkt, daß der Oberst die Verstrafung durch Parolebefehl wieder aufheben ließ, weil er sie nicht als gerechtfertigt ansah, und daß erst dann nochmals der Oberstleutnant dringend die Verstrafung verlangte, welchem Verlangen sich der Oberst nicht mehr widersetzen wollte. Der Fall lag also mindestens sehr zweifelhaft. Das sind aber die einzigen Vorkommnisse, wegen deren W. gerügt worden ist. Und unter solchen Umständen hat ihm das Generalkommando den Civilversorgungsschein vorenthalten. Das Kriegsministerium wies ebenfalls die Beschwerde zurück, obgleich es sich genötigt fühlte, die „dauernd schlechte Führung“ im Befehls des Generalkommandos dahin zu ändern, daß W. „sich nicht fortgesetzt gut geführt“ habe.

W. ist der Ueberzeugung, daß ihm der Civilversorgungsschein, um dessen willen er lange Jahre gedient, zu Unrecht verweigert sei, daß häufig andre Personen den Schein erhalten, welche sich weit mehr zu Schulden haben kommen lassen als er.

Der die weitere Öffentlichkeit interessierende Nebelstand, der hierin zu Tage tritt, ist der, daß die langgedienten Unteroffiziere bei der ihre Lebenszukunft entscheidenden Frage der Erteilung des Civilversorgungsscheins gänzlich abhängig sind von dem beliebigen Ver-



**W. R. Schaffner.** 1. Berliner Handwerker-Zust. Fachkass. für Buch-  
binder. Unterstr. 97. — **R. B. 200.** 1. Richter im juristischen Teil.  
2. Räderstraße 6E. — **R. St. Hamburger Echo.** Zehlandstraße 11.

**Juristischer Teil.**

**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Gefördert: 7 Uhr.**  
**100.** Ihr Sohn ist nach Ihrer Verfügung als Nachfolger aufgezogen. Er kann jederzeit einberufen werden. Ihrer Reklamation ist nicht stattgegeben. — **C. B. 27.** 1. Die Frage ist streitig; legen Sie Beschwerde ein. 2. Lohn ist zu zahlen. Zuständig ist das Berliner Gewerbegericht, weil nach § 27 sowohl das Gewerbegericht zuständig ist, in dessen Bezirk die freiwillige Verpflichtung zu erfüllen ist, wie das, in dessen Bezirk sich die gewerbliche Niederlassung befindet, wie endlich das, in dem beide Parteien ihren Wohnort haben. — **N. J. 12.** Der Prozess geht weiter. Die betreffende sollte Bewilligung des Armenrates auch für die zweite Instanz beantragen. — **N. 396.** Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches nichtig. Das Bürgerliche Gesetzbuch können Sie in jeder öffentlichen Bibliothek einsehen. — **R. R.** Es kann jeder Betrag vereinbart werden. — **R. J. 3.** Jansohl. — **G. B.** Die Vollstreckung einer auf Festungs- oder Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren erlassenen Strafe verfährt mit Ablauf von 5 Jahren seit der Rechtskraft des Urteils. Jede gegen den Täter wegen der Straftat gerichtete Handlung des Richters unterbricht die Verjährung. — **N. 100.** 1. Die Kosten hat der unterliegende Teil zu tragen. Kläger hat aber Vorsicht zu leisten. Das persönliche Erscheinen beider Parteien kann in Verfügungsstufen verlangt werden. 2. Sie thun gut, die Schriften von Laßalle, Engel, Marx, die Geschichte des Sozialismus und die in der Internationalen Bibliothek (Verlag Dietz) und in der sozialdemokratischen Bibliothek erschienenen Bücher zu studieren und geschichtliche, philosophische und nationalökonomische Vorlesungen zu belegen. — **Zwei Streitende.**

Su einer Wiederholung der bereits im Juni Aben erstellten Antwort liegt keine Veranlassung vor. — **R. B. 200.** 1. und 2. Kein. 3. Ja. — **N. J. 47.** Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres bedürfen eheliche Kinder der Einwilligung des Vaters, uneheliche der Einwilligung der Mutter zur Eheschließung. Eine weibliche Person darf nicht vor Vollendung des 16. Lebensjahres eine Ehe eingehen, doch kann ihr Befreiung von dieser Vorschrift bewilligt werden. Kannlich und Personen müssen volljährig (also 21 Jahre) oder für volljährig erklärt sein (also mindestens 18 Jahre alt sein), um eine Ehe eingehen zu können. Wird die elterliche Einwilligung einem für volljährig erklärten Kinde verweigert, so kann das Kind Ergänzung der Einwilligung beim Vormundschaftsgericht beantragen. Sonst gibt es kein Mittel gegen Verweigerung der Einwilligung als abwarten. — **R. R.** Schriftlicher. **N. 100.** **N. V. Klein.** — **Anna 100.** 1. Verhält sich die Sache, wie Sie angeben, so haben Sie das Recht, Zurückzahlung zu verlangen und können sich mit Erfolg beschweren, weil die Klage verjährig sein würde. 2. Wenden Sie sich direkt an ein Krankenhaus. — **J. B.** Zur Versicherung von Scheiden ist niemand verpflichtet. Zum Erlaß der durch Unfall verursachten Scheiden ist der Vorkauf verpflichtet, falls nicht diese Verpflichtung durch den Vater kontraktlich übernommen ist. Diese Übernahme bildet in Berlin die Regel. — **R. R. 34.** Ist im Verträge nichts Bestimmtes vereinbart, so ist der Mieter verpflichtet, zu angemessener Zeit die Wohnung durch Mietskündige besichtigen zu lassen. Als angemessen wird in Berlin die Zeit von 9-5 erachtet. Im Streitfall entscheidet das Gericht. Der Mieter muß die Besichtigung ermöglichen, also zeitweilig den Zutritt der Schlüssel übergeben. — **R. W. 666.** 1. Ja. 2. Nein. — **R. B. 46.** Kein. — **R. R. 780.** Wird ein Verlobnis durch Uebereinkommen aufgehoben, so kann jeder Verlobte von dem anderen die Herausgabe seiner Verlobungsgegenstände (z. B. Ringe, Photographien) und seiner Geschenke verlangen. Ist das Geschenk nicht mehr vorhanden, so kann man seinen Erlaß dafür verlangen. Der Anspruch auf Rückforderung verfährt in 2 Jahren seit dem

Nichttritt. Keineswegs kann in Ihrem Falle Ihr Verlobter Geld an Stelle der Uhr verlangen. — **J. B.** Die Erbchaftsteuer ist zu zahlen. Lohnabzug wegen Erbchaftsteuer ist unzulässig. — **R. B. 104.** Kein; es müssen mindestens 200 Markten gestellt sein. — **R. B. 200.** Die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz tritt erst mit dem 1. Januar in Kraft. Ihre Rechte ergeben sich aus dem Statut Ihrer Kasse. — **R. 1863.** 1. Ihre Tochter soll schuldlos gegen den Straßburger Arbeitererwerb erben. Die Rechtslage ist für Ihre Tochter freilich ungünstig. Das das Rudermandat auslöst, so ist nach herrschender Rechtsprechung die Polizei berechtigt, die Rückkehr des Geistes durch Zwang zu erzwingen. Das Geistes-Itut in der Regel gut, diesem Zwang, dem durch Geldbuße und polizeiliches Zwang Maßdruck gegeben werden könnte, Folge zu leisten und sofort wieder den Dienst zu verlassen. Eine abermalige Zurückführung ist auch nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts unzulässig. In Ihrem Falle braucht Ihre Tochter jetzt nicht mehr zurückzuführen, da der Vertrag nunmehr sein Ende erreicht hat. In dem Strafverfahren wegen Verlassens ist Dienst ohne Grund wird zwar vorläufiglich Ihre Tochter unterliegen. Es ist zu dem Antrag auf richterliche Entscheidung aber zu raten, damit das Verhalten des praktischen Arztes durch die öffentliche Verhandlung allgemeiner bekannt wird. 2. Contrahieren Sie unter Klarstellung des Sachverhalts bei der Staatsanwaltschaft Bestätigung des Arztes sowohl wegen Abhandlung und Beilegung Ihrer Tochter wie wegen der rechtskräftigen Klage. Es darf der Arbeitgeber nur die auf zwei Lohnperioden (in Ihrem Falle also auf 1½ Jahre) entfallenden Arbeitsentgelte vom Lohn abziehen. Zurückhandlungen hiergegen sind strafbar, wenn sie in rechtskräftiger Weise vorgenommen sind. Außerdem können Sie den infolge zu hoher Wäge nicht gezahlten Teil des Lohnes einlagen. Ist Ihre Tochter über 21 Jahre alt, so muß Sie den Strafantrag wegen Beilegung selbst stellen. Wegen der Schlägerereien muß innerhalb drei Monaten, nachdem der Strafantragsberechtigigte von demselben Kenntnis erhalten hat, Strafantrag gestellt werden.

**Inserate** für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für die Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Freitag, den 10. Juli.  
Anfang 7½ Uhr:  
**Neues Operntheater.** Die Fledermaus.  
Weiten. 100 000 Thaler.  
**Central.** Pitt und Podd.  
Anfang 8 Uhr:  
**Berliner.** Cavalleria rusticana.  
Thalia. Das Alter.  
Kleines. Nachtschl.  
Welle. Alliance. Die 365min. oder: Jutta.  
**Carl Weltj.** Das Geheimnis des roten Hauses.  
**Apollo.** Die Liebesinsel. Specialitäten.  
**Wintergarten.** Specialitäten.  
**Metropol.** Neues! Modernstes! Reichshallen. Stettiner Säng.  
**Passage-Theater.** Specialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
**Sabalienstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.

**Nachtschl.**  
**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Zum 52. Male:  
**Das Geheimnis des roten Hauses.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonntagmorgen 3 Uhr, Parkett 60 Pf.: Othello, der Mohr von Venedig.  
Im Garten: Konzert, Theater und neues Specialitäten-Programm. 5 Uhr.

**Apollo-Theater.**  
Täglich:  
**Die Liebes-Insel.**  
Der Kosmographe: **Neue Bilder-Serie.**  
George Ornanis Burleske-Pantomime (Der arme Onkel u. Yvette).

**Metropol-Theater.**  
Der größte Erfolg dieser Saison!  
Zum 189. Male:  
**Neuestes! Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern. Glanzvolles Ballet. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —

**Reichshallen.**  
**Stettiner Säng.**  
Helmliche Erfolg!  
In der Klemme!  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
früher Puhmann.  
Schönhauser Allee 138.  
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**  
Ganze, sowie täglich:  
**Grosser Familien-Spielabend** des völlig neuen  
**Riesen-Juli-Spielplans.**  
Guge Schütz x Fredsch  
The Firm x Gabel-Truppe  
Koffe x Escardis.  
Um 8 Uhr: Das bis jetzt unerreicht  
bedeutenbende Gelangs-Balletstück  
**Licht und Schatten**  
mit Arthur Müller vom Thalia-  
Theater als Gast.  
Im Saale: **Grosser Ball.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**Urania.**  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze zum Watzmann.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
**König von Serbien**  
**Neu! Peter I. Neu!**  
**König Alexander.**  
**Königin Draga.**  
**Sprunzweil.**  
das anatom. Rätsel, kürzlich  
unters. von Prof. R. Virchow.  
Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.**  
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochen-  
tags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Carla Lingen**  
in ihrem Repertoire.  
Oskar Saldow, Humorist.  
**Erna Koschel.**  
**Josephine Delciseur.**  
Ganz Berlin erzbricht sich  
schon den fünften Monat  
den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!  
14 erstklassige Nummern.

**BOLOGNISCHER GARTEN**  
Heute u. folgende Tage  
ab 5 Uhr nachm. **Doppel-Konzert.**  
Entree 1 Mk., ab 6 Uhr  
abends 50 Pf., Kinder unter  
10 Jahren die Hälfte.

**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Direktion: **M. Kalbo.**  
Freitag, den 10. Juli:  
Vereffiz für die Kapellmeister  
Rück. Wahnecke u. Rub. Serben.  
**Das Bild der Mutter**  
Balletstück mit Gesang und Tanz in  
3 Akten von H. Seelen u. D. Richter.  
Konzert und Ball. Außerdem das neue  
Juli-Attraktions-Programm.  
**Affenstreiche**  
große Pantomime der Gelin-Truppe.  
Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., mm. Pf. 50 Pf.

**Sanssouci.**  
Täglich im Garten:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Säng.**  
Anfang: Sonntags  
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.  
Wochentags:  
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.  
Comm. Mont. u. Donnerst.  
nach der Solire: Tanz.

**Etablissement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Konzert**  
des berühmten Orchesters des  
Signor Vincenzo Ferrara.  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Täglich:  
**Grosses Konzert,**  
Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.  
Liedle Solde:  
„Berlin auf Stelzen“.  
Sascha, der preisgekrönte Oper-Mittel.  
Anfang 4 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Dolansplatz 72. Ede Alexander  
Tägl. Im herrl. Garten: Tägl.  
**Grossart. Programm.**  
Ely Dollasay, Eugen Milano, Mac  
Harry Trio, Miss Bella Field, Lola  
u. Paulo Delbos, Rud. Schausp.  
Rittmoch. Sonnabend, Sonntag:  
**Tanz.**  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

**WINTER GARTEN**  
Letzte Vorführungen  
des  
glänzenden Juliprogramms

**Schluss der Saison**  
15. Juli 1903.

**Sanssouci.**  
Täglich im Garten:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Säng.**  
Anfang: Sonntags  
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.  
Wochentags:  
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.  
Comm. Mont. u. Donnerst.  
nach der Solire: Tanz.

**Etablissement Buggenhagen**  
am Moritzplatz.  
Jeden Tag:  
**Konzert**  
des berühmten Orchesters des  
Signor Vincenzo Ferrara.  
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag  
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Täglich:  
**Grosses Konzert,**  
Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.  
Liedle Solde:  
„Berlin auf Stelzen“.  
Sascha, der preisgekrönte Oper-Mittel.  
Anfang 4 Uhr.

**Königstadt-Kasino.**  
Dolansplatz 72. Ede Alexander  
Tägl. Im herrl. Garten: Tägl.  
**Grossart. Programm.**  
Ely Dollasay, Eugen Milano, Mac  
Harry Trio, Miss Bella Field, Lola  
u. Paulo Delbos, Rud. Schausp.  
Rittmoch. Sonnabend, Sonntag:  
**Tanz.**  
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

**Schloss Weissensee.**  
„Zum Sternecker“, Inhaber: G. Koch.  
Täglich: **Grosses Theater-Specialitäten-Vorstellung.**  
Nielsenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champagne: **Grosser BALL.**  
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:  
**Grosses Kinderfreundfest mit Gratis-Verlosung.**  
Jeden Donnerstag: **Grosses Monte-Elito-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**  
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**  
Kaffeehaus. — Vollbelustigungen aller Art.

**Westend-Charlottenburg.**  
„Zur Koftrappe“, Spandauer Berg.  
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.  
Gästestelle der Straßenbahn.  
**Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.**  
Kaffeehaus ist von 2 Uhr ab geöffnet.  
Es ladet ergebenst ein  
**Karl Klambunde.**

**Socialdemokratischer Wahlverein.**  
Sonntag, den 12. Juli 1903  
von nachmittags 4 Uhr ab:  
**Konzert. — Gesangs-vorträge.**  
Entree 20 Pf. — **Tanz 50 Pf.** — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
**13. Stiftungs-Fest** in den Obstsch. Lokaltäten, Meipingerstrasse No. 8.  
— Reigenfahren. — Kinderfackelzug. — Festrede, gehalten von Fritz Zubeil.  
— **Tanz 50 Pf.** — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
**Der Vorstand.**

**Schweizer-Garten**  
am Königsfor, am Friedrichshain.  
Täglich: **Theater** und  
**Artisten-Vorstellung,**  
**Ball** und **Vollbelustigungen.**  
Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.  
Zum erstenmal in Berlin:  
**Die lebende Mühle.**  
Sensationsgymnastik der Familie  
**Szemanovic.**  
Abends **Die neue Firma.**  
Ausstattungsstoffe u. Gef. in 2 Bildern.

**Diez' Specialitäten-Theater**  
Landshäger Allee 76-77  
(Hauptbahnh. Station).  
**Oh schön! Oh Regen!**  
Täglich das unerreichte  
**Riesen-Juli-Programm!**  
Gehr. Bollung, Senard & Bernd.  
Metz, Terolis, Elsa & Paul.  
Jaschek, Duska Bioskop u. c.  
Sonnabend, Sonntag u. Montag:  
**Tanz.**  
Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
**Brunnenstrasse 16.**  
8½ Uhr:  
**Titus Feuerfuchs**  
der Mann mit den 4 Köpfen.  
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vor-  
stellung 7 Uhr.  
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung  
im Saal.

**Ostbahn-Park.**  
Am Kästrinorplatz, Rüdorsdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater**  
und **Specialitäten-**  
**Vorstellung.**

**Gossmanns Konzert-Garten,**  
SW., Kreuzbergstr. 48.  
Freitags:  
Norddeutsche  
Säng.  
Montags:  
Damburger  
Säng.  
Bei ungenügender  
Witter: Saal.  
Kaffee-  
Kranzchen.

**Schloss Weissensee.**  
„Zum Sternecker“, Inhaber: G. Koch.  
Täglich: **Grosses Theater-Specialitäten-Vorstellung.**  
Nielsenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champagne: **Grosser BALL.**  
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:  
**Grosses Kinderfreundfest mit Gratis-Verlosung.**  
Jeden Donnerstag: **Grosses Monte-Elito-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**  
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**  
Kaffeehaus. — Vollbelustigungen aller Art.

**Westend-Charlottenburg.**  
„Zur Koftrappe“, Spandauer Berg.  
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.  
Gästestelle der Straßenbahn.  
**Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.**  
Kaffeehaus ist von 2 Uhr ab geöffnet.  
Es ladet ergebenst ein  
**Karl Klambunde.**

**Socialdemokratischer Wahlverein.**  
Sonntag, den 12. Juli 1903  
von nachmittags 4 Uhr ab:  
**Konzert. — Gesangs-vorträge.**  
Entree 20 Pf. — **Tanz 50 Pf.** — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein  
**13. Stiftungs-Fest** in den Obstsch. Lokaltäten, Meipingerstrasse No. 8.  
— Reigenfahren. — Kinderfackelzug. — Festrede, gehalten von Fritz Zubeil.  
— **Tanz 50 Pf.** — Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Dienste, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Sonntag, 12. Juli, vorm. 9 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:  
**Branchen-Versammlung der Bautischler.**  
Tages-Ordnung: Bericht des Obmannes, Diskussion.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Einsetzer! Achtung!**  
Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, finden in den bekannten  
Lokalitäten die **Bezirks-Sitzungen** statt.  
Die **Billets** zur **Dampferpartie** werden dort ausgegeben.  
Montagabend: **Kommissions-Sitzung.**  
Die Kommission.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Am Sonnabend, den 11. Juli 1903, macht die Eisenmöbel-Fabrik von  
**Schulz**, Hasenheide 9, eine  
**Dampferpartie.**  
Abfahrt früh 7½ Uhr von der Jannowitzbrücke (Egulin-Abfahrt).  
Die Fahrt geht nach Ziegenhals-Rieder-See.  
Wer möchte Herrn Schulz ersuchen, aus Gründen, die klar auf  
der Hand liegen, zwei Dampfer zu nehmen.  
118/15 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Bauanschläger Deutschlands.**  
Ortsgruppe Berlin.  
Sonntag, den 12. Juli, vormittags 10 Uhr, Neue Friedrichstraße 20,  
bei **Koch:**  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Organisationsfrage 2. Verbandangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Die Kollegen werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Tischler-Verein zu Berlin.**  
Sonnabend, den 11. Juli, abends 8½ Uhr, Reichsstr. 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht  
der Bibliothekare. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Das Mitgliedsbuch legitimiert. [1902] Der Vorstand.

**Achtung! Fahrstuhlarbeiter. Achtung!**  
Sonntag, den 12. Juli 1903, vormittags 10 Uhr, im Lokal von  
**O. Bauer, Krautstraße 6:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbands-  
angelegenheiten.  
Gäste haben Zutritt. — Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vertrauensmann.

**Max Kliem's Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. — Persönliche Leitung: **Paul Milbitz.**  
Täglich:  
**Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten**  
**Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochelegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Korbball, Blumenstand u.  
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

**Bergschloss-Restaurant**  
**Waidmannslust.**  
Schönstes Lokal  
an der Nordbahn.  
5000 Personen fassend.  
Allen Vereinen und Gesellschaften  
höflichst empfohlen.  
**Ferdinand Müller.**

**Schöneberg**

**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag, den 9. Juli, früh 5 Uhr, verschied sanft nach kurzem, schnellem Leiden unser innigstgeliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der Gürtler **Robert Zöllner** im 84. Lebensjahre. 24875  
Im Namen der Hinterbliebenen Geschwister Zöllner, Landsberger Allee 147.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Luisenparkhofs, Bergmannstr. 48/50, aus statt.

**Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckers u. Lithographen.**  
Die Beerdigung des am 8. Juli verstorbenen Steinbruders **Julius Metzenthin** findet am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde (Siedbrunnen), Reitzenhauer Allee aus statt. 24936  
Das Komitee.

**Schmidts Zahn-Institut**  
Moritzplatz, Haus Café Aschinger. **Amerik. Zähne v. S.M. an.** Schmerzloses Zahnziehen, Kambieren. Mitglieder u. Gewerkschaften u. Wahlvereinen 10 Proz. Rabatt.

**Kalbleder** aus einem Stück mit Goldtasche Mk. 1,45.

**Album- und Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau.** Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstrasse. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmuckgegenstände zu bill. Preisen.

**Kopfläuse** nebst Brut verschwinden sofort! Unschädlich. Erfolg überraschend. In Drogerien 50 Pfg. **Puffi**

**Freibank für den Gemeinde-Bezirk Berlin.**  
Die Eröffnung der Freibank-Zweigstelle in der Grünhalerstrasse 3/4 findet nunmehr am **Montag, den 13. Juli 1903** statt. Verkaufszeit dortselbst wochentäglich von 8-12 Uhr vormittags und von 3-8 Uhr nachmittags.

**Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse der Lederzurichter Berlins.** (S. S. Nr. 50.) [24796]  
**Samstag, den 19. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Feind, Beintr. 11: General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. und 2. Quartal 1903. 2. Abänderung des § 8 des Statuts gemäß den neuen Bestimmungen der Krankenversicherung-Novelle von 1903. Geschäftliches.  
Der Vorstand, H. A. Gust. Basso.

**Mieter- u. Bauverein „Selbsthilfe“ zu Berlin.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation. Die Genossenschaft ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 31. März 1903 aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden. 127/19  
**Die Liquidatoren:** Richard Rehbohn, Wilhelm Röder, Wilhelm Brand.

**Konsum-Verein „Weissenhof“.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation. Die Generalversammlung vom 16. und 25. September 1902 haben zwecks Einschusses an die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgebung einstimmig die Liquidation unseres Vereins beschlossen.  
Auf Grund des § 82 des Genossenschaftsgesetzes fordern wir alle diejenigen, welche Ansprüche an obgenannte Genossenschaft zu stellen haben, auf, solche in unserer Geschäftsstelle, Neu-Weigenzer, Friedrichstr. 12, unverzüglich geltend zu machen.  
**Die Liquidatoren:** 128/1 Hermann Nerlich, Karl Langnor, Wilhelm Schütz.  
Für den Aufsichtsrat: Fritz Kahn.

**Haug!** Inverfälscht. Deutscher Bienenzucht, best. Qualität. vers. die 10 Pfundbottle zu 7,00 Mk., 5 Pfund 4,50 Mk. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr., Oldendg.**

**Künstl. Zähne, tadellose Ausführung**  
von 3 Mk. an, Plomben von 2 Mk. an.  
**Max Guckel, Lausitzer Platz 2.**  
Vorzügl. Arbeit erhält: 4 Mk. Ermäßigung bei Auftrag von 20,00 Mk. unter 20 Mk. 2 Mk. 20512  
Teilzahlung gestattet.

**Rixdorf. Parteigenossen!**  
Die Expedition und Buchhandlung ist vormittags von 9-11 und nachmittags von 1-4 Uhr geschlossen. Abends erfolgt der Lebensschluß um 8 Uhr.  
**Die Expedition.**  
**Vorwärts - Buchhandlung**  
SW., Lindenstrasse 69.

**Unentbehrlich für Ausflügler!**  
Spezialarten der näheren Umgebung Berlins.  
**Vernau-Bienenthal, Zante, Klein- und Wandlitz-See** 1,00 Mk.  
**Sudow am Schermügel-See (Wälsche Schweiz) nebst Führer** 0,75 Mk.  
**Cöpenick-Friedrichshagen, Woltersdorf, Triner, Schmüdow, Rönigsmüthchen, Wittenmoor** 0,75 Mk.  
**Eberstwalde, Fretenwalde-Dorberg** 1,25 Mk.  
**Eberstwalde, Jagdschlöß Hüberrück, Hof, Kloster Chorin** 1,00 Mk.  
**Fretenwalde und nächste Umgebung nebst Führer** 1,00 Mk.  
**Freienwalde, Briesen, Oderberg** 1,00 Mk.  
**Grünwald und westliche Gegend Berlins** 1,00 Mk.  
**Potsdam, Stadtplan mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis** 0,75 Mk.  
**Potsdam und Werder** 1,00 Mk.  
**Spreewald in prächtigem Touristenführer** 0,75 Mk.  
**Straußberg und der Blumenthal** 1,00 Mk.  
**Tegel - Heiligensee, Schöneberg, Schmördorf, Havelhof und Hakenfelde** 0,75 Mk.  
Ferner empfehlen als sehr praktisch **Taschenatlas von Berlin und Umgebung**, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leichthandlicher Format 2,00 Mk.  
**Wanderbuch für die Mark Brandenburg**, 3 Bände. Zusammen 5,00 Mk.  
I. Teil: Nördliche Gegend von Berlin, umschließt die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königsplatz, 1,50 Mk.  
II. Teil: Westliche Gegend der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz, 1,50 Mk.  
III. Teil: Ostliche Gegend der Umgebung Berlins bis Eberstwalde, Prenzlau a. O., Schwedt, Kitzin, Müden, Spreewald, Kusstau, 2,00 Mk.  
Diese Wanderbücher bieten prachtvolle Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater.

Engros. Reellste Fabrikate. - Konkurrenzlos billig. Export.  
Wegen bevorstehender Verlegung unserer Verkaufs-Räume müssen die Lagerbestände möglichst geräumt werden und verkaufen wir zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
**Tom Morton** 1000 Stück 40 Mk.  
Jetzt ermäßigte Preise pro 100 Stück:  
Trifoglio, Sumatra Regalia M. 2,40 Hav. Star, Regalia M. 3,60 Crema de Cuba, sortier Deli M. 4,65  
Goldo, Sumatra Book 3,- Sta. Clara, Vorstenlanden 3,75 St. Andres Mexico, vorsort. 4,50  
Tadello, Torpedo 3,25 Rio Centas, mild 4,10 Lopez, Victoria Grand 6,-  
Nicht unter 100 Stück von einer Marke. - 300 Stück portofrei unter Nachnahme. - Nichtkonventionelles erbiten zurück. - Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt.  
**Belleza, Dell mit Havanna** in der Einlage, mild u. feinschmelzig, 100 Stück 5,-  
Façon wie obige Abbildung, 100 Stück 5,-  
Cigarren-Engros-Lager, Berlin, Unter den Linden 20, Hof 1.  
Lieferanten für Casinos, Kantinen und Genossenschaften.  
**Selten günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer und Konsumenten.**  
Preisliste franco.

**Carl Schmidt, BÜSTEN-FABRIK, BERLIN W., Taubenstr. 23.**  
empfiehlt seine weltberühmten **Stoffbüsten** für jede Körperform. Figur wie nebenstehend von 7 Mk. bis 50 Mk. Unentbehrlich zur Anfertigung der Kostüme. **Katalog V gratis und franco.**  
Man hüte sich vor wertlosen Nachahmungen.

**Schlafmöbel-Bazar „Baby“**  
Centrale Quälbenstr. 160. Billigste: Potsdamerstr. 35, Tauentzienstr. 7a a. d. Röhrenstr. 18 Belle-Alliancestr. 107 Reimsenderstr. 20 Frankfurtstr. 115  
8, 12, 15-20 Mk.  
Bettige Betten und Metall-Bettstellen für Kinder und Erwachsene.  
10, 15, 21-75 Mk.  
Teilzahlung gestattet. Bei größeren Mengen Kassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorfuß-Vereins von 22,50 Mk. an.

**Blutarme, Schwächliche und Genesende trinken**  
**Santa Rosa** feurig süßes Rotwein a Fl. 1,40 u. 1,90 Mk. oder 2000L  
**Afrikanisches Blutwein** kräftiger, herber Rotwein a Fl. 1,25 Mk.  
Käuflich in allen durch Plakate kenntlich gemachten Niederlagen von **Hermann Meyer & Co., Wattenstr. 11/12.**

**Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

**Junge Gänse** von 3,50 an.  
Junge Enten . . . . . von 2,00 an  
Fette Suppenhühner . . . . . 1,50  
Junge Brathühner . . . . . 0,60  
**Junge Tauben. Ausgeschlachtete Gänse.**  
Prima Gänserümpfe Stück 3,50, grosse 4,00.  
Halbe Gänserümpfe Stück 1,75.  
Reine Gänseleien Pfund 0,90 Pf.  
Darmfett Pfund 0,50, Gänseklein 0,75 Pf.  
Lebern Stück 30 Pf. 2007L  
**Albert Schulze, Frankfurter Allee 112.**

**Kleine Anzeigen.**

**Verkäufe.**  
Kleines Schanzgeschäft wegen andern Unternehmens verkauft zum Besten der Güt. 24425  
**Partiellverkauf**, Notgedrungen, sofort billig zu verkaufen. Witwe Ida Rohde, Hübnerstr. 20. 24106  
**Bahnhof Wilm.** bei Reußer, Hohenstraße, Schwarzkopfbau, Güter- u. Hochgelegene, praktische Häuser, Rote 20, Karte, ohne Anzahlung, nur 12 Jahre fest. Vermittler erhalten 20 Mark Abschluß-Prämie. Dornblatt, Gostwick, Hohenstraße. 17012  
**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197  
**Berrenanzüge**, Sommerpaletots, Reinfleider, zündensichere hochpreisige, preiswert. Deutsches Verleandhaus Hübnerstr. 63, 1. Etage. 24425  
Nach der Sonntagsschließung sind am besten und billigsten bei Schlieffner, Turmstr. 85. 17422  
**Weiße Herrenhüte**, gute Qualität, Echtes 95 Pennige. Bestes Exemplar enorm billig. Kaufhaus, Compotier Hübnerstr. 25A, früher Barnimstr. 4 und 5. Sonntag geöffnet. 17422  
**Leipziger (Fleischerhüte)** in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leipziger Baum, Facheiser Markt 4, Bahnhof Börse. 93/2  
**Spezialbillig** Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Vorhänge, Nägel, Anzüge, Remonturarbeiten, Uhrketten, Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder, Leihhaus Reußerstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 17422  
**Steppdecken**, preisbillig, Fabrik Weinstr. 20. 197  
Möbel auf Teilzahlung, auch ohne Anzahlung ganze Wohnungsinrichtungen liefert die Möbel-Fabrik u. Kasse, Schützenstr. 72. (Rein Redaktionsgeschäft). 16992  
**Teppiche** mit Farbenmalerei, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197  
**Nähmaschinen!** Kingshill, Adler, Central-Bobbin, Orion, Landauer-Wheller u. Wilson, Clatic, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausführung, Preise billig, bei Abzahlung konstante Bedingungen. Drei Jahre volle Garantie. E. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 17252

**Fahrräder**, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstr. 148, Stadtstr. 40. 16912  
**Nähmaschinen**, Fahrräder, gebrauchte, nagelneue, Maschinen, leicht, preisbillig. Pfandleihanst., Sedelstr. 20. 22835  
**1000 neue Nähmaschinen** gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Kingshill, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Bellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen nehmen in Zahlung. 17272  
**Gavannierinlage**, Reifdraht und Sumatrabeschlag für 3,20 das Hundert offeriert ein leistungsfähiger Cigarrenfabrikant an Händler. Oberlin L. 4 Expedition. 24156  
**Wohnig**, barfarbe-Wiederhersteller, unentgeltlich, Probefabrik 50 Pf. Charlottenstr. 3, parterre. 24156  
**Vorjahrige** elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verleandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 17182  
**Steppdecken** billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 197  
**Papageien** aus erster Hand von Hamburg eingetroffen, jung, sprechend, singend, auch Tausch, Romanzantentier. 58, Restaurant. 1074  
**Schleierschwärze**, diesjährige, verkauft Schläper, Kaunzstr. 88.  
**Technik**, Bauteile, Motoren, Eisen-, Elektromotoren erhalten Spezialwerte (Monatstraten 3,00). Buchhandlung „Welt“, Bismarckstr. 24822  
**Vanecllo**, Salon, Garnitur, Trumeau, Chaiselongue, Tischsofa Romanzantentierstr. 40 I. 1071  
**Junger Mann** verkauft gestohene Säulenmöbel für jeden Preis unentgeltlich sofort. Kaufmann Restaurant Bergstr. 2. 1072  
**Expedition**, passend für bekannten Parteiengenen, schönes Lokal, günstige Lage, nahe Reußerthaler Thor, kann besonderer Umstände halber sofort übernommen werden. Preis 2500 Mark exklusive Bäre, erforderlich sind jedoch nur 1000 Mark bar. Offerten Postamt 28 A. 22. 1766  
**Restaurant (Café)**: Karloff-Engel-Ausfahrt, Strohmärkt, schöne Wohnung für jüngere Leute passend, fränkischer Keller, verkehrsgünstig, nächster Postamtstr. 43a, Cigarren-Geschäft.

**Verschiedenes.**  
**Mingelischen**, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Königsplatz 60, 61, Brunnenstr. 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
**Reinigung**, Kaufgegenstände, elektrische Fabrik im Hause, Berlin und volle Konzeption, zu verkaufen. Kaufmann erteilt Berger, Gollnowstr. 26. 1715  
**Reinigung**, Kaufgegenstände, elektrische Fabrik im Hause, Berlin und volle Konzeption, zu verkaufen. Kaufmann erteilt Berger, Gollnowstr. 26. 1715  
**Reinigung**, Kaufgegenstände, elektrische Fabrik im Hause, Berlin und volle Konzeption, zu verkaufen. Kaufmann erteilt Berger, Gollnowstr. 26. 1715  
**Reinigung**, Kaufgegenstände, elektrische Fabrik im Hause, Berlin und volle Konzeption, zu verkaufen. Kaufmann erteilt Berger, Gollnowstr. 26. 1715

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
Mühlentstr. 8, nahe Bismarckbrücke und Oberbaum, sind zum 1. Oktober fremdbüchliche Wohnungen billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 17372  
**Waldstr. 8**, nahe Bismarckbrücke und Oberbaum, sind zum 1. Oktober fremdbüchliche Wohnungen billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 17372  
**Waldstr. 8**, nahe Bismarckbrücke und Oberbaum, sind zum 1. Oktober fremdbüchliche Wohnungen billig zu vermieten. Näheres daselbst beim Verwalter. 17372

**Stellenangebote.**  
Graben verlangt Metallfabrik A. Oberlin & Co., Kühlen-Weier 11.  
Tischler wird verlangt, Goldbleichenfabrik Köpenickerstr. 100a. 24151  
Verfälscher auf blaue Leisten, Reimsenderstr. 20, Gesellschaftstr. 20.  
Schuhmacher (Sohlen) verlangt Hellenberg, Weikemeer, Sedanstr. 26.  
Knabe, kräftig, wenn auch noch schulpflichtig, auf halbes oder ganzes Jahr als Lauf- und Arbeitsbursche sucht Buchdrucker Reimigerstr. 15.  
**Stellenangebote.**  
Kordmacher, Gesellen verlangt Wilhelm Großmann jun., Traubstr. 70d. 24675  
Kolladen, Kolladen, hochgeschlossene Leinwand, Arbeiterin verlangt Dunderstr. 80 im Laden.  
Schulmädchen, nachmittags, 12 bis 14, Bismarckstr., Siedingstr. 8.  
Suche Mädchen beim Knabe, Putzstr. 13. 1466  
Steppenrinnen im Hause verlangt Berger, Reimigerstr. 13/14. 9/18  
Geldrinnen, Arbeiterinnen verlangt Müller, Faltstr. 24, III. Wohnungen 6-9 Uhr abends. 9/18

**Geldschrank- und Tresorbau.**  
Wir suchen einen mit den neuesten Konstruktionen unserer Branche vollständig vertrauten, energischen und zuverlässigen Fachmann als Meister. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanprüchen an Sommermeyer & Co., Magdeburg. 916  
**Emulsionär**  
für Brombiter, Cellidin und Kristo bei gutem Gehalt, dauernder Stellung im Auslande gesucht. Offerten sub J. S. 1894 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 1074  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Zusatz nach der **Gautschlerei C. Kortum**, Reimigerstr. 21, ist streng fernzuhalten. Die Ortverwaltung.  
**Achtung, Fürsahner!**  
Zu den bereits beteiligten 55 Firmen kommen folgende 5 hinzu, so daß jetzt 70 Arbeiter und Arbeiterinnen zu unseren Forderungen beschäftigt werden:  
Wagenbranche:  
E. Naumann, Reußerstr. 90.  
A. Doll, Niederwallstr. 5.  
W. Reinicke, Neue Friedrichstr. 9/10.  
Jacob & Landsberger, Niederwallstr. 10.  
Wehmann & Co., Spleitmarkt 11.  
A. Stiller, Jägerstr. 25.  
D. Lewin jun., Neue Friedrichstr. 59.  
Wagenbranche:  
Jollinek, Blumenstr. 79.  
W. Nix, Barnimstr. 41a.  
J. Hüllbrunn, Neue Reimigerstr. 10.  
J. Kranig, Reußerstr. 33.  
Pütter, Reimsenderstr. 8.  
Pöitzer, Reimigerstr. 7.  
Wagenbranche:  
Für Entschädigung kommen im Lauf dieser Woche folgende Firmen:  
Goldstein, Gollnowstr. 83.  
Goldstein Sohn, Alexanderstr. 22.  
F. Darne, Reußerstr. 15.  
F. Müntel, Reimigerstr. 13.  
Schmidt Nachf. Gabr. Wolf, Reimigerstr. 1.  
Wir erziehen die Kollegen und Kollegen dringend, nur durch unsere Arbeitsnachweise (Reimigerstr. 24, III. Reimigerstr. 9) Arbeit nachzugehen.  
**Der Vorstand** des Verbandes der Fürsahner Berlins und Umgebung. 10077  
J. H. Granel, Reimigerstr.